

# Sattler-Zeitung

Nr. 21.

Berlin, den 9. Oktober 1908.

22. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Freitags.  
 Bezugspreis: Durch die Post bezogen pro  
 Vierteljahr 60 Pfennig.

Verlag und Redaktion:  
 Peter Blum, Berlin SO., Adalbertstraße 56.  
 Telefon: Amt IV, 2120.

Inserate die 3gespaltene Petit-Zeile 30 Pfg.  
 bei Wiederholungen bedeutende Ermäßigung.

**Inhalt:** Streifennotizen. — Auf dem Wege nach Köln.  
 — Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im  
 Jahre 1907. III. — Die Entstehung der Steintafel. —  
 Der italienische Gewerkschaftslogogr. — Etwas vom Arbeits-  
 vertrag. — Aus unserem Bereich. — Aus Industrie und  
 Handel. — Aus anderen Organisationen. — Rundschau. —  
 Korrespondenzen. — Delaminierungen der Hauptverwaltung.  
 — Bekanntmachung der Tarifkommission der Treibriemen-  
 sattler Deutschlands. — Wichtig für Einzelmitglieder.  
 Adressenänderungen. — Bücherchau. — Anzeigen.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
 Die Kollegen werden in ihrem eigenen  
 Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen  
 Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung  
 zu erkundigen.

Berlin. Wegen Nichtanerkennung der tarif-  
 lichen Abmachungen ist die Firma Waldow & Otto,  
 Kofferfabrik, Alte Jakobstr. 6, für Koffermacher  
 gesperrt.

Der Streit bei der Firma David Scheier,  
 Ritterstraße, dauert unverändert fort. Zugang ist  
 streng fernzuhalten.

Wiesbaden. Die hiesigen Reifereffektensattler  
 sind in eine Tarifbewegung eingetreten.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Karlsbad. Die Werkstatthosmann ist  
 streng zu meiden. Desgleichen ist Brünn,  
 Klagenfurt und Teplitz streng zu meiden. —  
 Die Firmen Nolltschkef und Gorinupp in Graz  
 sind gesperrt.

## Auf dem Wege nach Köln.

In Nr. 18 der „Sattler-Zeitung“ haben wir  
 bereits auf die Wichtigkeit unserer Kölner General-  
 versammlung hingewiesen. Unser Verband wird  
 auf dieser Tagung auf ein zwanzigjähriges Bestehen  
 zurückblicken können, in dem in dem letzten Jahr-  
 zehnt hauptsächlich die Frage der äußeren Ausge-  
 staltung der Organisation insbesondere und auch  
 mit gutem Erfolge gepflegt wurde. Es wird unserer  
 zu dieser Tagung erscheinenden Festnummer vorbe-  
 halten bleiben, unserem Werdegang in vollster Form  
 gerecht zu werden. Für heute und im Laufe des  
 nächsten Winters wird es die Aufgabe unserer Orga-  
 nisation sein, alle wesentlichsten Ereignisse, welche  
 auf unsere Kölner Tagung Bezug haben, zu be-  
 handeln und zur Kenntnis der Mitglieder zu  
 bringen. Der wichtigste Punkt dieser Tagesordnung  
 wird zweifelsohne die Verschmelzung mit dem Ver-  
 bände der Portefeuller sein. Auf die wirtschaftliche  
 Notwendigkeit dieser Fusion eingegangen, erübrigt sich  
 für uns nach der ausführlichen und klaren Ste-  
 llungnahme unserer aller in Betracht kommenden  
 Organe. Wir haben auch bereits die Stimmung ge-  
 kennzeichnet, die das Gros unserer Mitgliederfreife  
 beherrscht, sowie auch die Vorarbeiten, welche zu  
 diesem Schritt notwendig waren, zur Kenntnis ge-  
 bracht. Um aber für die Zentralisierung einen Weg-  
 weiser zu finden, der die Grundlagen zu dieser  
 neuen Organisation uns zeigen soll, sind in den  
 letzten Wochen umfassende Arbeiten erledigt worden,  
 welche die größten Schwierigkeiten beseitigt haben.

Am 27. September fand in Offenbach eine  
 Konferenz statt, welche von den Vertretern der  
 Zentralvorstände, Ausfühler sowie der hauptsächlich  
 in Frage kommenden Ortsverwaltungen beider Orga-  
 nisationen besetzt wurde. Der Grundton dieser

Verhandlungen war der, daß eine Vereinigung dieser  
 beiden Verbände unbedingt und sobald als möglich  
 erfolgen muß, sollen nicht die Früchte einer jahr-  
 zehntelangen Organisationsarbeit unvorderbringlich  
 verloren sein. Im weiteren wurde einstimmig fest-  
 gestellt, daß dieser Zusammenschluß nur auf der  
 Voraussetzung erfolgen kann, daß die Rechte der  
 Mitglieder aller in Frage kommenden  
 Branchen unangetastet bleiben, mit anderen  
 Worten eine Wiederholung des schon von uns auf-  
 gestellten Grundsatzes, daß in dem neuen Statut  
 nur das Beste beider jetzt bestehenden Organisationen  
 vereinigt wird. Folgende Vereinbarungen wurden  
 also unter Berücksichtigung obiger Gesichtspunkte  
 getroffen:

1. Name des Verbandes: Verband der Sattler  
 und Portefeuller.

2. Beitrag: Der Beitrag für männliche Mit-  
 glieder beträgt 45 Pfg. und für weibliche Mitglieder  
 20 Pfg. pro Woche.

Die Regelung der Lokalfassenbeiträge bleibt  
 örtlichen Vereinbarungen vorbehalten.

3. Erwerbslosenunterstützung: a) Arbeitslosen-  
 unterstützung für männliche Mitglieder

Mitgliedsdauer pro Tag	pro Tag	auf die Dauer von Tagen	Höchstsumme M.
52	1,—	30	30,—
104	1,—	42	42,—
156	1,25	43	54,—
260	1,50	44	66,—

Arbeitslosenunterstützung für weibliche Mitglieder

52	—,75	27	20,—
104	—,75	40	30,—
156	1,—	40	40,—
260	1,25	40	50,—

b) Kranken- und Reiseunterstützung für männ-  
 liche Mitglieder

Mitgliedsdauer pro Tag	pro Tag	auf die Dauer von Tagen	Höchstsumme M.
52	1,—	30	30,—
104	1,—	42	42,—
156	1,—	54	54,—
260	1,—	66	66,—

Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder

52	—,75	27	20,—
104	—,75	40	30,—
156	—,75	53	40,—
260	—,75	67	50,—

4. Karenztage: Die Arbeitslosenunterstützung  
 wird vom vierten Tage der Arbeitslosigkeit, die  
 Krankenunterstützung vom siebenten Tage der  
 Krankheit und die Reiseunterstützung vom ersten  
 Tage an ausgezahlt.

5. Andere Unterstützungen: Die Streit-, Ge-  
 nahrungsgeltern-, Umzugs- und Vorkassenerstützung  
 sowie die Beerdigungshilfe wird nach den jetzt  
 bestehenden Bestimmungen des Statuts des Ver-  
 bandes der Sattler geregelt.

6. Presse: Name des Organs: „Sattler- und  
 Portefeuller-Zeitung“.

Erscheinungsweise: Wöchentlich am Freitag im  
 Format der „Sattler-Zeitung“. In Aussicht ge-  
 nommen sind besondere Fachbeilagen.

7. Generalversammlung: Der gemeinsame Ver-  
 bandsstag der beiden Verbände findet acht Tage nach  
 Ockern 1909 in Köln statt.

Die Verbandsvorstände haben nach erfolgter  
 Abstimmung des Portefeullerverbandes ein neues  
 Statut auszuarbeiten, dessen Veröffentlichung so  
 rechtzeitig erfolgt, daß die Mitgliedschaften beider  
 Verbände noch frühzeitig genug ihre diesbezüglichen  
 Abänderungsanträge stellen können.

Die Wahlen zum Verbandsstabe sowie die  
 nötigen Bekanntmachungen haben gesondert und auf

Grund der statutarischen Bestimmungen der ein-  
 zelnen Verbände zu erfolgen.

8. Inkrafttreten des neuen Statuts: Die Zu-  
 sammenlegung beider Verbände wird am 1. Juli  
 1909 erfolgen.

Einige Worte noch zu diesen Vereinbarungen.  
 Ueber den Namen des Verbandes, Beitragsleistung  
 und Lokalfasseneinrichtungen kann hier nichts be-  
 sonderes gesagt werden. Das einzige ist, daß wir  
 mit den Beiträgen der weiblichen Mitglieder um  
 5 Pfg. zurückgehen. Dieser Form mußten wir in  
 Anbetracht der großen Zahl der weiblichen Mit-  
 glieder des Portefeullerverbandes zustimmen, denen  
 wir eine Beitragserhöhung nicht gut zumuten  
 konnten. Die Wenigereinnahme ist für uns völlig  
 belanglos in Berücksichtigung unserer kleinen Mit-  
 gliederzahl unter den Arbeiterinnen. Die Unter-  
 stützungen haben allerdings einige Veränderungen  
 erfahren. Für die Mitglieder des Sattlerverbandes  
 tritt mit dem neuen Statut die volle Erwerbslosen-  
 unterstützung nach 52wöchentlicher Beitragsleistung  
 in Kraft. Bisher trat die Krankenunterstützung  
 erst nach 104 Wochen in Kraft, was schon lange  
 als eine Härte empfunden wurde. Da aber die  
 Krankenunterstützung eigentlich nur als Zuschuß zur  
 Krankenfassenunterstützung zu betrachten ist, so war  
 eine Reduzierung der Tagessätze zugunsten der  
 Unterstützungsdauer durchaus geboten. Die Unter-  
 stützungsätze in ihrer Höchstsumme sind wenig ge-  
 ändert und haben nur eine kleine Aufbesserung er-  
 fahren.

Als eine neue Einrichtung soll die erste Stufe  
 von 30 M. nach 52 Wochen eingeführt werden. Diese  
 Regelung wurde durch die großen Unterschiede  
 zwischen Unterstützung und Beitragsleistung bedingt.  
 Zur Berufung der Mitglieder diene, daß alle Kol-  
 legen, welche unter unserem jetzt noch bestehenden  
 Statut in den Verband treten und bereits Mit-  
 glieder sind, ihre Rechte auf 42 M. Arbeitslosen-  
 unterstützung im ersten Jahr nach der Mitgliedschaft  
 behalten — und somit kein einziges Mitglied einen  
 Schaden erleiden kann. Der neue Unterstützungs-  
 satz von 30 M. Arbeitslosenunterstützung tritt also  
 nur für die nach dem 1. Juli 1909 gewonnenen Mit-  
 glieder, also am 1. Juli 1910, in Kraft. Die  
 Krankenunterstützung wird dagegen sofort in Kraft  
 treten und werden alle Mitglieder, welche nach 52-  
 wöchentlicher Beitragsleistung 30 M. Krankenunter-  
 stützung für 30 Tage bezogen haben, in diesem Falle  
 noch 12 M. an Arbeitslosenunterstützung im Falle  
 der Arbeitslosigkeit beziehen können. Dieser Fall  
 kann aber nur in dem ersten Jahre des neuen Ver-  
 bandes eintreten. Auch wurde eine Inkonsequenz  
 unseres Statuts beseitigt durch Normierung neuer  
 Sätze für die weiblichen Mitglieder, wo Beitrags-  
 leistung und Unterstützungsätze in einem gesunden  
 Rahmen gefaßt wurden. Bei allen anderen Unter-  
 stützungsätzen war dieses in unserem Statut ein-  
 gehalten, nur nicht bei der Arbeitslosen- und  
 Krankenunterstützung. Die Reiseunterstützung ist in  
 den höheren Sätzen ein wenig geändert, sonst aber  
 alles beim alten gelassen worden. Desgleichen wer-  
 den keine Änderungen bei den übrigen Unter-  
 stützungsarten beabsichtigt.

Ein für unsere Mitglieder großer Fortschritt ist  
 in der Verkürzung der Karenzzeit bei der Arbeits-  
 losenunterstützung vorgesehen, wonach diese Unter-  
 stützung schon vom vierten Tage an ausbezahlt wer-  
 den soll, dagegen bleibt es bei der Krankens- und  
 Reiseunterstützung beim alten.

Die Regelung der ganzen Unterstützungsmaterie  
 entspringt der Grundlage der bisher geliebten  
 Praxis und in Berücksichtigung, niemand einen

Schaden erleiden zu lassen. Eine Begründung für den Ausbau der Presse brauchen wir hier nicht zu geben. Jedermann, der die Verhältnisse im Sattlerberuf kennt, wird die Notwendigkeit eines wöchentlich erscheinenden Organs zugeben. Die Wahrung der Interessen unserer Mitglieder kann nicht genug gefördert werden und auf diesem Wege bietet die „Nachzeitung“ ein vorzügliches Hilfsmittel. Dies alles wäre so im großen und ganzen, was von Bedeutung für die oben wiedergegebenen Vereinbarungen angeführt werden kann. Selbstredend steht der Generalversammlung das letzte Wort zu, und wird das neue Statut rechtzeitig den Mitgliedern zur Stellungnahme unterbreitet werden.

Wir haben die besten Hoffnungen, in den oben gefassten Beschlüssen das Beste für die Mitglieder beider Verbände getroffen zu haben, und werden wir in den nächsten Wochen im Sinne dieser Beschlüsse tätig sein.

Der Fortschrittsverband hat in den nächsten Wochen 24 Versammlungen anberaumt, wo die Frage der Verschmelzung nochmals diskutiert werden wird. Je länger man sich mit dieser Materie beschäftigt, desto tiefer dringt die Einsicht von der dringenden Notwendigkeit dieser Zusammenlegung. Diese Überzeugung hat sich in den letzten Tagen fast durchweg Bahn gebrochen. Wer dann nicht überzeugt sein sollte, der wird durch das Verhalten unserer Unternehmer zu dieser Ansicht gezwungen werden. Die Karole für die Organisationsarbeiten des nächsten Winters muß die sein: der geeinigten Fassung der Unternehmer die geschlossene Form der Arbeiterorganisation gegenüber zu stellen. Arbeiten wir in diesem Sinne, der Erfolg muß unser sein.

### Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907.

III.  
Die gegnerischen Organisationen und die Gewerkschaftsbewegung.

Der Stand der Lokalorganisationen wird im Berichtsjahr von den Verbandsvorständen auf 20 461 Mitglieder angegeben. Hierbei sei festgestellt, daß unter solchen Lokalorganisationen wieder Hirsch-Dundersche Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften oder katholische Fachabteilungen, noch etwa gelbe Organisationen verstanden werden sollen, sondern lokale Fachvereine, die auf gewerkschaftlichem Boden stehen, einschließlich der Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Die letztere gibt nach ihrem dem 8. Kongress (1908) vorgelegten Geschäftsbericht für den 30. September 1907: 17 633 Mitglieder an.

An Einnahmen verzeichnet die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1907: 811 997 M. Die Ausgaben betragen 650 243 M. Der Kassendbestand ging von 288 133 M. (Ende 1906) auf 105 444 M. zurück. Für Streiks und Ausfährungen wurden 391 629 M. verausgabt.

Infolge der Einigungsverhandlungen des Parteivorstandes zwischen einzelnen lokalistischen Organisa-

tionen und den Verbänden ist der Bestand der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften erheblich erschüttert. Die nächstjährige Gewerkschaftsstatistik dürfte eine erhebliche Verminderung dieser Gruppe ergeben.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben im Jahre 1907 einen erheblichen Rückgang erlitten, der nur so schwerer wiegt, als er gerade ihre bestgeheilten Gewerkschaften am schmalsten betraf. Diese Gruppe zählte 1906: 118 508, 1907 nur noch 108 880 Mitglieder.

Der Rückgang beträgt also 9619; er trifft in erster Linie den Gewerkschaften der Maschinenbauer, dessen Mitgliederzahl sich um 7499 verminderte; ferner nahmen ab die Fabrik- und Gärtnarbeiter um 1267, die Holzarbeiter um 1189, die Lederarbeiter um 46, Textilarbeiter um 192, die Bauhandwerker um 206, Graphische Berufe und Maler um 313, Tabakarbeiter um 320, Töpfer um 102, Bergarbeiter um 396, Filzhauer um 77, Montatoren um 163, Kleb- und die Frauen um 94. Eine Zunahme von Mitgliedern verzeichnen nur 4 Gewerkschaften, nämlich die Kaufleute um 1310, die Schneider um 484, die Brauer um 192 und die Schiffszimmerer um 63. Der Rückgang war also ein fast allgemeiner und von solcher Stärke, daß er eine erhebliche Erschütterung des Vertrauens der Mitglieder verurteilt. Weder die vielgerühmte Selbsthilfe, noch die soziale Programmrevision haben den Mitgliederverlust aufhalten können, der wohl in erster Linie auf das Verhalten der Gewerkschaften in Lohnkämpfen und sodann auf die gelben Verbände zurückzuführen ist.

Auch die Verwaltung der Gewerkschaften scheint von dieser Devoute ergriffen zu sein. Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß der Verband der Gewerkschaften, nachdem er die Veröffentlichung der Statistik schon um 3 Monate verzögerte, auch jetzt noch nicht einmal imstande ist, die Ausgaben nach einzelnen Posten spezifiziert wiederzugeben, wie dies in früheren Jahren geschah. Wir sind also diesmal außerstande, ein genaueres detailliertes Bild der Leistungen der Gewerkschaften im Berichtsjahr zu geben und begnügen uns, mitzuteilen, daß die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften 1 541 359 M., die Gesamtausgaben 1 434 555 M. und die Gewerkschaftsvermögen 1 416 555 M. betragen.

Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Mitgliederzahl von 247 116 (1906) auf 274 323 erhöht. Neu hinzugekommen ist ein Verband der Telegraphenarbeiter mit 1861 Mitgliedern. Am Jahresschlusse betrug die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften 284 649. An Jahreseinnahmen verzeichnet die christliche Statistik 4 311 495 M., an Jahresausgaben 3 193 976 M. und an Vermögensbeständen 3 487 735 M. Von den Jahresausgaben entfallen auf die Verbandsorgane 361 711 M., auf Agitation 355 115 M., auf Streik- und Gewahrgeltunterstützung 748 270 M., auf Krankenunterstützung 51 743 M., auf Reise- und Arbeitslosenunterstützung 51 743 M., auf Streikbegeld 99 284 M., auf Rechtschutz 81 442 M., auf sonstige Unterhaltungen 32 974 M., auf Bildungszwecke 25 618 M., auf Gehälter 96 545 M. und auf andere Verwaltungsausgaben 143 591 M. Charakteristisch ist die Entwidlung der christlichen Gewerkschaften zu Kampfororganisationen, die sich aus folgender Uebersicht über die Streikausgaben ergibt. Für Streiks und Gewahrgelt verausgabten die christlichen Gewerks-

schaften im Jahre 1900: 49 820 M., 1903: 155 030 M., 1906: 1 000 320 M. und 1907: 743 270 M.

Insgesamt haben die christlichen Gewerkschaften für Kampfszwecke in den acht Jahren bereits 2 683 359 M. verausgabten müssen. So kommen die christlichen Gewerkschaften von Jahr zu Jahr immer mehr in das Getümmel der Klassenkämpfe hinein, zum Schrecken ihrer geistlichen Nahrwärer, die diese Organisation als Schutzwall gegen Streichschläge der christlichen Arbeiterchaft gegründet hatten.

Neben den christlichen Gewerkschaften, die im Gesamtverband ihre Centrale besitzen, bestehen noch 6 unabhängige Organisationen, die angeblich auf christlichem Boden stehen sollen. Die christliche Statistik verzeichnet diese Verbände noch immer als eine Art Rekrutierungsgebiet für christliche Gewerkschaften. Die sechs Organisationen haben zusammen 80 347 Mitglieder, und verzeichnen fünf von ihnen an Einnahmen 204 923 M., an Ausgaben 163 300 M. und an Vermögen 271 649 M.

Endlich gibt es noch eine Reihe unabhängiger Organisationen gewerkschaftlichen Charakters, die eines inneren Zusammenhanges entbehren. Es sind dies teils Verbände moderner Gewerkschaftsrichtung, teils neutrale und teils klassenkampfeindliche Organisationen. Da die wenigsten von ihnen eine eigene Statistik veröffentlichen, so sind die Angaben darüber, die auf Schätzungen der Verbandsvorstände beruhen, sehr schwankend und für zuverlässige Vergleiche nicht verwendbar. Die Zahl ihrer Mitglieder erscheint in diesem Jahre etwas höher (1906: 72 044 1907: 96 684); es beruht dies im wesentlichen auf genaueren Angaben, die der Bergarbeiterverband über die polnischen und sonstigen Vereine erlangte konnte.

Geben wir danach ein Gesamtbild der deutschen Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1907, so umfaßt dieselbe in den sechs Organisationsgruppen 2 446 490 Mitglieder (1906: 2 213 664; 1905: 1 819 930) und seit dem Vorjahr eine Zunahme von 232 826. Von letzterer entfallen auf die Zentralverbände 175 797, auf die Lokalverbände 7496, auf die christlichen Gewerkschaften 27 207, auf die unabhängig christlichen Organisationen 7305 und auf die unabhängigen Vereine 24 640, während die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 9619 Abnahme verzeichnen. Die gesamten Jahreseinnahmen aller Gruppen betragen 57 454 561 M., die gesamten Ausgaben 47 914 200 M. und die gesamten Vermögensbestände 40 970 878 M. Von allen Mitgliedern entfielen 76,3 Proz. (1906: 76,3 Proz.) auf die Zentralverbände, 11,2 Proz. (11,2 Proz.) auf die christlichen Gewerkschaften, 4,5 Proz. (4,5 Proz.) auf die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und 8 Proz. (7,2 Proz.) auf die übrigen Gruppen. Von den Einnahmen kommen 89,5 Proz., von den Ausgaben 90 Proz. und von den Vermögensbeständen 81,1 Proz. auf die Zentralverbände. Aus diesen Ziffern ergibt sich allein schon, daß die Leistungen unserer Verbände die der übrigen Gewerkschaftsgruppen bei weitem überwiegen. Ein eingehender Vergleich der Leistungen ist diesmal zwar nur möglich zwischen den Zentralverbänden und den christlichen Gewerkschaften, da die Deutschen Gewerkschaften ihre speziellen Ausgaben für Kampfs- und Unterstützungszwecke nicht nachweisen. Aber auch dieser Befähigt die wachsende Heberlegenheit unserer Gewerkschaften. Es zählten im Jahre 1907 für Arbeitslosen-

### Die Entstehung der Steinkohle.

Von W. G. Baege.

(Nachdruck verboten.)

Verschieden sind die Energiequellen, die sich dem Menschen bieten. Wir benutzen die Kraft des Windes zum Bewegen unserer Segelschiffe und auch für kleine Maschinen. In den Wassermühlen verwenden wir die Kraft des fließenden Wassers, also die Energie der Lage, die es beim Verändern seines Ortes abgibt. Wohl den mächtigsten Energievorrat besitzen wir in den Steinkohlen, einen Vorrat, der besonders wertvoll ist, weil wir ihn nicht, wie beim Wind und beim Wasser, zu bestimmter Zeit und am bestimmten Ort ausnützen müssen, den wir vielmehr überall hinführen, den wir überall und jederzeit verwenden können.

Jedermann weiß, welche Bedeutung die Steinkohle für unser ganzes Leben gewonnen hat, daß unser ganzes industrielles Leben, unsere ganzen Verkehrsverhältnisse großenteils auf der Steinkohle aufgebaut sind. Sie ist es, die unsere Maschinen treibt; sie ist es auch, die uns das Rohmaterial aus weiter Ferne herbeischafft und die fertigegetellten Waren wieder aus unseren Werkstätten in die Welt hinaussträgt. Wo kommen nun diese Steinkohlen her?

Jedem ist wohl so viel bekannt, daß sie nicht überall vorkommen, sondern nur in gewissen Gegenden, und daß sie dort aus dem Innern der Erde hervorgeholt werden. Dort finden sie sich, überdeckt von anderem Gestein, in mehr oder weniger dicken

Schichten, den sogenannten Steinkohlenflözen. Gewöhnlich liegen mehrere, oft zahlreiche Flöze übereinander, die dann durch verschiedene dicke Lagen von anderem Gestein, häufig von Sandstein oder Tongestein, untereinander getrennt sind. Der Abbau eines solchen Steinkohlenlagers geschieht dann so, daß senkrecht ein Schacht in die Erde getrieben wird, und da, wo der Schacht die Flöze durchschneidet, geht man denselben folgend zur Seite und baut Gänge, aus denen man die Steinkohlen bricht und heranschaafft.

Wie ist nun die Steinkohle unter die Erdoberfläche gekommen, woraus und wie ist sie entstanden? Die Antwort auf diese Frage gibt uns die Geologie, die Wissenschaft von der Bildung und Veränderung unserer Erdrinde. Sie lehrt uns, was wir ja alle aus eigener Erfahrung wissen, daß die Oberfläche der Erde sich dauernd verändert. Man muß natürlich absehen von der Veränderung, die Menschhand hervorbringt. Die größte Veränderung bringt die Kraft des Wassers hervor. Das Wasser unseres Erdballes ist ja in steter Bewegung. Auf seinem Wege aber ist es nie müßig. Jedermann weiß ja, welche Landströme die Gewalt des Wassers über weite Landstrecken bringen kann. Aber nicht nur solche große, plötzlich rasch angeschwollene Wasser-massen geröhnen und verändern den Bau der Erde. Es ist da nur besonders auffällig. Jeder Regentropfen fast bewirkt dasselbe. Auch er hat einen, wenn auch kurzen Weg von der Stelle, wo er quers auffällt, bis zur tiefer gelegenen. Und etwas nimmt er auf seinem Wege von der Erdrinde mit, sei es auch noch so wenig. Deutlich haben wir das

alle schon beachtet bei starkem Regen, wir wissen, wie er die Straßen spült, und welche trüben Fluten sich dann in die Abflüsse ergießen. Und nicht nur weiches Material, wie den Staub und den sonstigen Straßenschmutz, führt er weg, auch die härtesten Steine spült das Wasser langsam aber sicher an. Das können wir an unseren Fußsteigen beobachten, die mit hartem Gestein belegt sind. Wir sehen dort deutlich, wie das Wasser auf dieses selbst lösend und wegführend wirkt, an den Rinnen und Löchern, die sich unter den Dachtraufen und ähnlichen dem Wasser ausgefressen Stellen finden. So verändert das Wasser fortwährend unsere Erdoberfläche, schafft die Erdräume fort von den höher gelegenen Stellen und setzt sie an tieferen wieder ab. So muß der Meeressboden stets höher und höher werden, und in dem stetig neu sich bildenden Boden wird begraben, was sonst im Meere in die Tiefe sank. Aber noch andere Kräfte gestalten das Antlitz der Erde. Während manche Teile der Erde, durch unterirdische Kräfte getrieben, mehr und mehr dem Meere entweichen, versinken andere. Dies ist ein langsamer Vorgang, verweist, aber selbst für uns zu bemerken an den Marken, die das Meer in das Gestein seines Ufers wühlt, und die sich mehr und mehr aus dem Meer heben, so z. B. an der Küste von Norwegen.

Daß dieser Vorgang sich auch in früheren Zeiten abgespielt hat, das müssen wir schließen aus den vielen Resten von Meeresschwämmen in dem Gestein von heute trocken liegenden Stellen. Fische- und Muschelreste finden wir in weitabgelegenen Flächen unserer Gebirgsgegenden, und mancher Teil der Gebirge besteht in der Hauptsache aus Korallen-

und Reiseunterstützung: die Zentralverbände für 1826 172 Mitglieder 7 396 725 Mk. (pro Mitgl. 4,05 Mk.), die christlichen Gewerkschaften für 201 706 Mitglieder 51 743 Mk. (pro Mitgl. 0,26 Mk.). Für Unterstützung und Rechtschutz überhaupt verausgabten unsere Verbände 1907 pro Mitglied 6,97 Mk., die christlichen Gewerkschaften nur 2,55 Mk., und für Streiks und Gemahrgelder entfallen auf unsere Gewerkschaften pro Kopf 7,62 Mk., auf die Christlichen nur 2,71 Mk.

Es steht danach außer allen Zweifeln, daß die christlichen Gewerkschaften sowohl auf dem Gebiete der Unterstützungsaufgaben, als auch im Kampfe für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinter den effektiven Leistungen unserer Zentralverbände weit zurückbleiben. Die christlichen Gewerkschaften haben zwar aus dem Beispiel der Zentralverbände manches gelernt, — sie sind unseren Kampfesbahnen, wenn auch mit innerem Widerstreben, gefolgt und das bewahrt sie vor der Verontehrung der kirchlich-underrischen Gewerbevereine, — aber sie werden das Vorbild niemals erreichen, weil sie an inneren Widersprüchen kranken, die ihre Entwicklung hemmen. Sie verwerfen prinzipiell den Klassenkampf und müssen doch notgedrungen Klassenkämpfe führen; sie wollen das Interesse des Arbeiters vertreten, ohne dem Unternehmer wehe zu tun, sie wollen den Arbeitern zu Einfluß und Macht verhelfen und schwächen sie durch ihre Organisationszerstückelung. In dieser Zwitterstellung schwanken sie ständig zwischen Streiklust und Streikverrat hin und her und nehmen mit dem fühllos, was bald bei den Erfolgen der Gewerkschaften und bald von der Gnade der Unternehmer für sie abfällt. Das bleibt selbst rüchständigen Arbeitern nicht verborgen, weshalb auch drei Viertel aller, für die Gewerkschaftsbewegung Neugewonnenen den christlichen Gewerkschaften. Wären unsere Mitglieder auch künftig in der geeigneten Auffklärung der Außenstehenden nicht erfahren, — mögen sie die Arbeiterschaft darauf hinweisen, daß jede Unterstützung der christlichen oder sonstigen Sonderorganisationen eine Verminderung der Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse gegen soziales Elend, gegen Ausbeutung und Unterdrückung nach sich zieht, daß es den jahrzehntelangen Kampf für die Stärkung und Festigung der Arbeiterorganisation und für die materielle und rechtliche Sicherung der Lage der Arbeiter endlos wiederholen heißt, wenn schlechtgerüstete Sondergruppen die Bewegungen der geschnittenen Arbeiterschaft ständig föhnen. Dann wird allmählich das Bewußtsein allmählig der Arbeiterklasse werden, daß eine einzige Gewerkschaftsbewegung der Unternehmerklasse gegenüber nottut.

So bestätigt die vorliegende Statistik der Gewerkschaften von neuem, daß dieselben an Stärke und Fertigkeit gewonnen haben und mehr denn je Gewähr bieten, ihren Mitgliedern wie auch der gesamten Arbeiterklasse eine Schutzwehr gegen die Schäden der hereinbrechenden Wirtschaftskrisis, wie auch gegen die Angriffe des Unternehmertums zu sein. Die Gewerkschaften haben einen Stand erreicht, der ihnen Kraft und Selbstvertrauen gibt. Sie wissen, daß sie ein Faktor im Wirtschafts- wie im öffentlichen Leben geworden sind, dessen Bedeutung mehr und mehr anerkannt wird und dessen Einfluß sich weder das

Unternehmertum noch die Regierungen dauernd entgegen können. Deshalb bilden sie getraut in die Zukunft, die dem großen Ringen der Arbeiterklasse den Sieg verbürgt.

### Der italienische Gewerkschaftskongreß,

der in der vergangenen Woche in Modena lagte, beendigte nicht die Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft Italiens, sondern nur die in der Konföderation generale del Lavoro zusammengeschlossenen Zentralverbände. Diese sind, wie unsere deutschen Gewerkschaften, in örtliche Verwaltungstellen gegliedert. Der Zusammenbruch erfolgte auf ihrem Kongreß im November 1906 in Bologna. An seine Spitze wurde ein Exekutivkomitee (analog der deutschen Generalkommission) gestellt. Außer dieser Organisation besteht noch diejenige der örtlichen Arbeitskammern, die sich meistens in den Händen der Syndikalisten befinden. Allerdings sind auch hier die örtlichen Verwaltungstellen der Zentralverbände wieder mit vertreten, in einigen haben sie sogar die Mehrheit. Das Stärkergebnis der Richtungen ist folgendes:

Nach dem Bericht der Konföderation, der bis zum 30. Juni 1908 reicht, gehören 306 957 organisierte Arbeiter den Zentralverbänden an, während in den 92 Arbeitskammern 548 514 Arbeiter gezählt wurden. Da die Zentralverbände in der letzten Zahl wieder mit inbegriffen sind, so sind sie im ganzen in der Mehrheit. Der Kongreß von Bologna entschied sich mit 114 000 gegen 55 000 Stimmen für die sozialistische-gewerkschaftliche Methode, gegen die syndikalistische.

Die Zahl der anwesenden Delegierten betrug circa 400, die insgesamt 1200 Sektionen (Zweigvereine usw.) vertreten. Die sozialistische Partei ist durch eine Anzahl Delegierte vertreten, ebenso die republikanische und die radikale Partei. Das italienische Arbeitsamt wird von seinem Direktor, dem Professor Montemartini selbst vertreten.

Wie zu erwarten, kam es wieder zu festigen Auseinandersetzungen zwischen den in den Zentralverbänden zusammengeschlossenen Anhängern der sozialistisch-gewerkschaftlichen Methode und den etwa als „anarchosozialistisch“ zu bezeichnenden „Syndikalisten“. Den sozialistischen Gegnern der politischen Aktion, die in den Arbeitskammern (bekanntlich genauer Arbeiterkammern) ihren Hauptsitz, wenn auch keineswegs die Oberhand haben.

Zahlreiche Begrüßungstelegramme, die die internationale Solidarität des Proletariats betonen, waren beim Gewerkschaftskongreß in Modena eingegangen, u. a. von den englischen Trade-Unions und von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften.

Schon der erste Verhandlungstag befandete das entscheidende Uebergewicht der Zentralverbänder über ihre syndikalistischen Gegner, deren Hauptstütze die Delegierten der Eisenbahner waren. Als Hauptwortführer der Zentralverbänder trat der Genosse Abg. Rinaldo Rigola hervor, dessen Ausführungen wirksam von der Genossin Argentina Mibelli (Bologna), der Sekretärin der Gewerkschaft der Landarbeiter, unterstützt wurden. Es half den Syndikalisten wenig, daß sie Unterstützung bei den anwesenden Republikanern fanden, für die u. a. Oscar

Spinelli sprach. Am zweiten Verhandlungstage endete die Generaldebatte über die Haltung der Konföderation generale del Lavoro mit der einstimmigen Annahme einer von den Delegierten von Bologna, Modena, Ferrara und Mailand — sämtlich Arbeitern — beantragten Resolution, welche lautet:

„Der Kongreß billigt rückhaltlos die Tätigkeit der Konföderation und fordert sie auf, den von ihr eingeschlagenen Weg. Geltendmachung der proletarischen Interessen, weiter zu verfolgen.“

Es folgte eine längere Debatte über Änderungen am Statut der Konföderation, deren Einzelheiten kein allgemeines Interesse beanspruchen können. Es wurde festgelegt, daß außer den Zentralverbänden und den Arbeitskammern auch Kooperationsgenossenschaften zur Konföderation gehören können, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Im Exekutivkomitee der Konföderation, das, wie erwähnt, der deutschen Generalkommission entspricht, wird künftighin der Generalsekretär, der bisher nur als besoldeter Beamter angesehen wurde, Sitz und Stimme haben und mit zwei Mitgliedern des Komitees den engeren resp. engeren Ausschuß bilden.

Im dem Exekutivkomitee, wie in den weiteren (Ausschüß-) Mal der Konföderation sollen die einzelnen Gegenden Italiens möglichst nach dem Grad der Stärke vertreten werden, die die proletarischen Organisationen in ihnen erreicht haben.

Am dritten Verhandlungstage stand zunächst die Frage der Disziplin bei der Proklamierung von Streiks zur Beratung. Galda, Sekretär der Arbeitskammern von Genua, referierte und vertrat in seinem Referat, nicht ohne scharfe Wendungen gegen die Lokalführer, die durch bittere Erfahrungen ererbte Wahrheit, daß gutgefüllte Massen und straffe Organisationen für den Erfolg einer Streikbewegung wichtiger sind als die noch so edle, noch so impulsive Sympathie weiter Kreise. Die Disziplinierung der Arbeiterbewegung bedeutet nicht ihr Stoen, im Gegenteil, ihre Vorwärtsbewegung hängt von der Disziplin ab. (Lebhafte Beifall.)

Nach einer sehr lebhaften und stellenweise äußerst erregten Diskussion, in der es sogar zu einem Obstruktionsversuch seitens der Syndikalisten kam, wurden von der großen Mehrheit des Kongresses die leitenden Grundzüge des Galdischen Referats zum Beschluß erhoben. Danach liegt der Konföderation ob, 1. die oberste Leitung aller Streiks, die von Gewerkschaften unternommen werden, die der Konföderation angehören, soweit diese Streiks allgemeine proletarische Interessen betreffen, 2. die Entscheidung über die Unterstützung oder Nichtunterstützung von Streiks, die von nicht der Konföderation angehörigen Gewerkschaften oder von örtlichen Zahlstellen im Widerspruch zu den Zentralverbänden ausgehen, 3. die Proklamierung von Generalstreiks in allen Verufen.

Es folgte die Beratung über die Beziehung der Konföderation zu den politischen Parteien. Rinaldo Rigola betonte in seinem Referat die völlige Unabhängigkeit der Konföderation von jedweder politischen Partei. Doch sei die Motion Baglioni, die alle Beziehungen der Konföderation zu politischen Parteien ausschließen wolle, unannehmbar, wenn sie auch den Vorzug der Klarheit und Unzweideutigkeit habe. Ein Zusammengehen von Fall zu Fall mit verschiedenen Parteien sei nicht zu vermeiden, wobei voransichtlich allerdings nur die demokratischen Parteien (So-

ren, die nur in bestimmten Meerestiefen von den Korallenriffen gebildet sein können. Wir müssen also mit ausgedehnten, Gebirgen und Senkungen einzelner Teile unserer Erdoberfläche rechnen, und sie sind es, die mitgewirkt haben bei der Bildung der Steinfohle. Wir müssen annehmen, daß das, was heute Steinfohle ist, sich abgelagert hat in trockenen Zeiten und dann später vom Meere bedeckt wurde. Eine Ton- oder Sanddecke legte sich darüber, neue Sedung folgte, wieder lagerte sich das ab, was heute Steinfohle ist, und so wiederholte sich dieser Wechsel, zuweilen noch viele Male. Verständlich werden so die Lagerungsverhältnisse der Steinfohlen in Klöben zwischen Schichten anderen Gesteins.

Aber nun zum Hauptpunkt: woraus entstand die Steinfohle? Es hat auch in früheren Zeiten nicht an Ansichten darüber gefehlt. So glaubten viele, und dies bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hinein, es sei die Steinfohle umgewandeltes Erdöl. Und doch war schon im Anfang des 18. Jahrhunderts durch einen Schweizer Naturforscher im wesentlichen die Bildung der Steinfohle auch nach unseren heutigen Anschauungen richtig erkannt worden. Schuëger ist wohl der erste gewesen, der im lothleührenden Gebirge Pflanzenreste beobachtete und den Pflanzengestirnis Ursprung der Steinfohlen erkannte. Später (1778) sprach ein deutscher Gelehrter (v. Beroldingen) aus, es sei die Steinfohle aus Braunkohle entstanden. Heute wissen wir, daß die Ansicht in ihren Grundzügen richtig ist. Der Torf besteht tatsächlich aus Pflanzenteilen, und wir sehen an manchem Torfvorkommen, wie

aus dem Torf allmählich etwas entstanden ist und noch entsteht, was wir ohne weiteres für Braunkohle erklären würden, wenn es ohne Zusammenhang mit dem Torf gefunden würde. Wir kennen auch Kohlen, bei denen sich die Unterscheidungsmerkmale, wie wir sie für Steinfohlen und Braunkohlen aufstellen, miteinander verwechseln, so daß wir nicht sagen können, ob Steinfohle oder Braunkohle vorliegt.

Und endlich kann die Chemie an den Kohlen selbst feststellen, wie sie langsam eine Umänderung erleiden, wie sie allmählich immer kohlenstoffhaltiger werden und neben viel Wasserstoff und neben Sauerstoff verhältnismäßig wenig Kohlenstoff in Form von Wasser und von verschiedenen Gasen abgeben. Pflanzen sind es also, was jetzt als Torf oder Kohle erscheint, freilich Pflanzen verschiedener Art. Unsere heutigen Torfmoose bilden sich in der Hauptsache aus verschiedenen Moosen, und so ist jedenfalls auch ein großer Teil der Braunkohlen entstanden. Einem Teile dieser Kohlen muß man aber auch andere Entstehung zuschreiben, nämlich aus Holzgewächsen. Man kennt nämlich manche Lager, in denen sich Braunkohle findet, die noch ganz das Aussehen von Holz hat und in der man deutlich die Form der Äste und Stämme wiederfindet. Man nimmt an, daß viele solche Stämme in irgendeinem Meerestiefen zusammengehämmert und dort langsam verfault sind, vielleicht sind derartige Funde aber auch die Reste von Wäldern, die durch plötzlich auf sie eindringende Eisassen vernichtet sind.

Auch in den Steinfohlen finden sich Reste von Pflanzen verschiedener Art, zum Teil Formen, die

man heute nicht mehr kennt. Man hat versucht, aus den gefundenen Resten — auch in den Steinfohlen findet man manchmal Baumrinne — sich ein Bild der damaligen Pflanzenwelt zu schaffen.

Welche Kräfte nun mitgewirkt haben, um diese Pflanzenreste zu verfohlen, wissen wir nicht sicher. Wahrscheinlich hat ein langsames Vermoeren in reichem Wasser stattgefunden, keinesfalls aber ein Verfohlen durch starke Dämpfe, so wie wir etwa Holz in Holzfohle verwandeln. Die Spuren solcher Dämpfe müßten sich an den Kohlen selbst und an dem umgebenden Gestein zeigen.

Aus Pflanzen entstehen also die Kohlen, und damit wissen wir zugleich, woher die Energie stammt, die wir aus den Kohlen gewinnen. Denn die Pflanzen gewinnen den Kohlenstoff aus der Kohlen-säure der atmosphärischen Luft und wandeln diese unter der Mitwirkung des Sonnenlichtes in Kohlenstoffverbindungen von höherem Energiegehalt um. In der Sonne ist also schließlich der Ursprung der Energiequelle zu suchen, die uns in den Steinfohlen fließt. Die Wärme, die wir daraus gewinnen, ist nichts als ungewandeltes Sonnenlicht. Aber noch ein anderer Umstand macht den Energievorrat in den Steinfohlen so groß, die langandauernde Einwirkung der Luft auf die Pflanzenteile, des Trudes auf diese durch die darüber gelagerten Steinschichten und anderes mehr. In den Hunderttausenden von Jahren, während deren die Bildung der Kohlen sich vollzog, ist immer etwas Energie in ihnen gesammelt worden und so jene große Menge entstanden.

zialisten, Republikaner und Radikale) in Frage kommen konnte.

Nach einer langen Diskussion, an der u. a. Carlini, Engoni, Argentina, Alibelli teilnahmen, gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, die in Frage folgendes besagt: Das Prinzip der Entlastung von der Politik ist aufzuheben, denn dieses wird nur von denjenigen verstanden, welche das Proletariat von der Politik abhalten sollen, um desto besser ihren (den fundamentalistischen) oder: Eingang zu verschaffen. Der wirtschaftliche und der politische Kampf sind gleich notwendig für die Emanzipation des Proletariats. Der wirtschaftliche Emanzipationskampf fällt den Gewerkschaften, der politische Emanzipationskampf den politischen Parteien zu, d. h. der sozialistischen Partei, und aller den Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Jedoch können die Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Aufgabe nicht ohne gleichzeitige politische, und die Parteien ihre politische Aufgabe nicht ohne wirtschaftliche Betätigung erfüllen.

Auch in Italien ist es selbstverständlich nur die sozialistische Partei (wenn man von den anarcho-sozialistischen Gruppen absieht), die auf dem Boden des Klassenkampfes steht; die Annahme der Resolution in dieser Form, die den Schluss zuläßt, als ob auch andere Parteien auf diesem Boden stünden, geschah wohl nur aus einer allerdings unangebrachten Rücksichtnahme auf die anwesenden Vertreter der republikanischen und der radikalen Partei. Das fühlten denn die Vereisenden auch sofort heraus, und es wendeten sich dann nach Annahme der Resolution, die übrigens nicht ohne heftige Geschäftsordnungsdebatte erfolgte, Vertreter der beiden Richtungen zum Wort, um Erklärungen abzugeben.

Der Republikaner Padovani bedauert, daß die Konföderation unter Verletzung der republikanischen Verdienste um das Proletariat sich gänzlich den Sozialisten in die Arme geworfen habe, und Vicini sucht nachzuweisen, daß auch die radikale Partei in ihrer Art das Prinzip des Klassenkampfes akzeptiere.

Es folgten die Wahlen zum engeren und weiteren Komitee der Konföderation. In das erstere wurde u. a. auch ein Republikaner, der Buchdrucker Quartierens-Kom. gewählt.

Der heftige Angriff eines anarcho-sozialistischen Plätzers auf Nigola, dem entgegenzusetzen wurde, sich in unheimlicher Geschwindigkeit aus einem anarcho-sozialistischen in einen demokratischen Reformisten verwandelt zu haben, gab Anlaß zu einer ebenso spontanen wie imposanten Vertikalen-Lundgebung der großen Kongressmehrheit für Nigola.

Es wurde sodann noch eine Resolution angenommen, welche eine umfassende Reform und Ausdehnung der Unfallversicherung, Schaffung von Schiedsgerichten und von einem obersten Schiedsgerichtshof für Versicherungsbeitragenden forderte.

Die Frage der Beteiligung der Angestellten in öffentlichen Dienstämtern (sowie der Arbeiter in der Tagespresse) an Streiks wurde, als noch nicht spruchreif, von der Tagesordnung abgesetzt, worauf Genosse Ghisla mit einem kurzen, martigen Schlusswort die Arbeiten des Gewerkschaftskongresses für beendet erklärte.

### Etwas vom Arbeitsvertrag.

Der Arbeitsvertrag, das ist eine Vereinbarung, in der der eine Teil (der Arbeiter), eine von ihm zu leistende Arbeit und der andere Teil (der Unternehmer) eine Vergütung dieser Arbeit zusagt, regelt sich nach den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuchs. In dem letztgenannten wird der Arbeitsvertrag als Dienstvertrag bezeichnet. Nach der Gewerbeordnung ist die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern Gegenstand freier Uebereinkunft. Er bedarf, um gültig zu sein, keiner besonderen Form, braucht insbesondere nicht schriftlich abgeschlossen zu werden. Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt noch ausdrücklich, daß durch den Dienstvertrag derjenige, welcher Dienste zusagt, zur Leistung der versprochenen Dienste, der andere zur Gewährung der vereinbarten Vergütung verpflichtet wird. Gegenstand des Dienstvertrages können Dienste jeder Art sein.

Siehelei sei gleich bemerkt, daß ein sogenannter Wertvertrag, der ebenfalls häufig im gewerblichen Leben abgeschlossen wird, mit einem Arbeits- oder Dienstvertrag im Sinne der Gewerbeordnung nichts zu tun hat. Während nämlich ein Wertvertrag dann vorliegt, wenn der Vertrag zwischen zwei Parteien geschlossen wird, die sich wirtschaftlich selbstständig gegenüberstellen, kommt für einen Arbeitsvertrag als Hauptmerkmal die wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer in Betracht. Wohl aber gilt ein Akkordlohnvertrag genau so als gewerblicher Arbeitsvertrag wie ein Zeitlohnvertrag, nur mit dem Unterschied, daß die Art der Berechnung des Lohnes

in anderer Weise stattfindet. Zur Gültigkeit eines Arbeitsvertrages gehört vor allem, daß die Willensäußerung der vertragschließenden Teile eine übereinstimmende ist, daß Willenserklärung und Wille im Einklang stehen, daß der Wille frei und ernstlich geäußert wurde, und daß der Inhalt des vereinbarten Vertrages gesetzlich zulässig ist. Gesetzlich unzulässig wird ein Vertrag dann sein, wenn er gegen die guten Sitten oder gegen eine zwingende gesetzliche Vorschrift verstößt. Ungültig würde z. B. ein Vertrag sein, durch den jemand unter Ausbeutung der Notlage, des Verdrusses oder der Unerschaffenheit eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögenswerte versprechen oder er gewähren läßt, die den Wert der Leistung dergehalt übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögenswerte in auffälligem Mißverhältnis zu der Leistung stehen.

Als teilweise ungültig, weil gegen die guten Sitten verstößend, würde auch ein aus Lebenszeit abgeschlossener Vertrag sein, denn das Bürgerliche Gesetzbuch sagt ausdrücklich: In das Dienstverhältnis für die Lebenszeit einer Person oder für längere Zeit als fünf Jahre eingegangen, so kann es von dem Verpflichteten nach Ablauf von fünf Jahren, unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist, gekündigt werden. Vor allem bieten aber die Bestimmungen der Gewerbeordnung die Grundlage dafür, wenn ein Arbeitsvertrag als ungültig angesehen werden muß. Das trifft insbesondere zu bei der Art der Lohnzahlung und bei ungleich veranbarten Kündigungsfristen. Wenn aber ein gültiger Vertrag vorliegt, so kann der eine oder der andere Teil nur dann sofort vom Vertrage zurücktreten, wenn beiderseits vereinbart worden ist, daß beiderseits eine Kündigungsfrist nicht bestehen soll. Ist aber eine dahingehende Vereinbarung nicht getroffen worden, so können Arbeiter oder Unternehmer nur dann unter Nichterhaltung der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist das Arbeitsverhältnis sofort lösen, wenn mindestens einer der in der Gewerbeordnung ausdrücklich vorgezeichneten Gründe vorliegt. Es ist demnach eine irrige, leider aber sehr verbreitete Ansicht, daß man in einem gewissen Zeitraum, etwa innerhalb 24 Stunden, vom Vertrag zurücktreten könnte. Der Arbeitsvertrag kommt vielmehr in dem Augenblick zustande, in dem Arbeiter und Unternehmer ihren Willen dahin äußern, daß der eine Arbeit ausführen, der andere Vergütung leisten will. Von diesem Augenblick an ist der Vertrag bindend; ob er mündlich oder schriftlich abgeschlossen ist, spielt dabei keine Rolle.

Nicht unwesentlich ist noch die Beantwortung der Frage, wer einen gültigen Arbeitsvertrag abschließen kann. Berechtigter hierzu ist selbstverständlich jede volljährige zurechnungsfähige Person. Verträge, die von minderjährigen, also noch nicht 21 Jahre alten, Personen abgeschlossen werden, bedürfen aber nach dem bürgerlichen Recht, um rechtskräftig zu sein, der Genehmigung des gesetzlichen Vertreters, das ist der Vater, die Mutter oder der Vormund des Minderjährigen. Innerhalb unseres heutigen Erwerbs- und Wirtschaftslebens läßt sich aber mit solchen eng begrenzten Bestimmungen nicht auskommen. Deshalb wird weiterhin im bürgerlichen Gesetzbuch bestimmt: „Ermächtigt der gesetzliche Vertreter den Minderjährigen, in Dienst oder Arbeit zu treten, so ist der Minderjährige für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen betreffen. Die für einen einzelnen Fall erteilte Ermächtigung gilt im Zweifel als allgemeine Ermächtigung zur Eingehung von Verhältnissen der selben Art.“ Weist der Minderjährige diese Ermächtigung — was wohl stets anzunehmen ist, wenn er bereits einmal ohne Widerspruch seines gesetzlichen Vertreters selbstständig in Arbeit trat —, so ist der von ihm abgeschlossene Arbeitsvertrag auf jeden Fall gültig, und die weitere Folge hieraus ist, daß er auch berechtigt ist, ohne Zuziehung eines Bestandes selbständig vor Gericht Klage zu führen und zu verhandeln.

### Aus unserem Beruf.

In der Vernehmlichungsfrage mit dem Verbands der Kartenspieler nahmen in der Woche vom 27. September bis 3. Oktober eine Reihe von Versammlungen im Offenbacher Industriegebiet Stellung. Es fanden außer in Offenbach, worüber schon an anderer Stelle berichtet ist, in Eschheim, Frankfurt, Bürgel, Bieler, Mühlheim und Köppern Versammlungen statt, welche zumeist nur mäßig besucht waren. Gegen diese Justiz wurden fast gar keine, zumeist aber nur kleinliche Bedenken geäußert, die mit Wichtigkeit widerlegt werden konnten. Allem zu urteilen nach, ergibt die Urabstimmung bei den Kartenspielern eine große Majorität.

Ueber die Gestaltung des Tarifamtes und der Schlichtungskommissionen in der Lederwarenindustrie

fand am 3. Oktober in Frankfurt a. W. eine Sitzung der Vorstandsvorleiter der in Frage kommenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt. Der christliche Arbeitervereinsverband sandte für seine 2. 300 Mitglieder zwei Vertreter, wo hingegen unsere Kollegen Reichardt und Mann circa 6000 Arbeiter vertraten. Auf unserer Einmündung zog sich der eine Vertreter zurück. Auch wollte der Herr nicht ordnungsgemäß eingeladen sein, obwohl Kollege Reichardt unter Gegenwart von drei Kollegen dem Vorsitzenden der christlichen Organisation, Herrn Heneder, eine ganz klare einwandfreie Einladung per Telefon gegeben sich. Mit solchen Leuten noch länger zusammenzuarbeiten, die im Rücken solche Meister sind, kann uns länger nicht zugunsten werden.

Von den Arbeitgebern waren erschienen Herr Syndikus J. Schloßmacher-Frankfurt, Herr Loth Berlin und Herr Kurz-Stuttgart. Die Sitzung erledigte sich recht glatt und auf Grundlage des Tarifvertrages. Eine Erweiterung wurde getroffen, die unseren Kollegen nur angenehm sein kann. Die funktionierten Schlichtungskommissionen haben sich nach dem Tarifvertrag nur aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen. Da es aber in der Praxis sehr schwer sein wird, daß aus diesen Beidigen ein Obmann gewählt werden kann, der genügend Zeit findet, die Schlichtungsversuche, die den Terminen voranzugehen sollen, wahrzunehmen, sowie die Klagen auszufertigen und dergleichen mehr, so wurde die Bestimmung getroffen, daß diesen Schlichtungskommissionen ein Obmann vorstehen soll, der außerhalb der Meister steht und aus den Reihen der Beamten hervorgehen kann. Um den Apparat so leicht als möglich zu gestalten, wurde bezüglich der Wahlen zum Tarifamt beschlossen, daß diese durch die Schlichtungskommissionen zu erfolgen haben. Die Obmänner der Offenbacher Schlichtungskommission sind auch gleichzeitig die Obleute des Tarifamtes. Ueber die vorzunehmenden Wahlen wird in den nächsten Tagen der Schlichtungskommissionen nähere Anweisung gehen. Der genaue Wortlaut der Geschäftsordnung der Schlichtungskommissionen wird in der nächsten Nummer der Zeitung den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht werden.

Unsere Arbeitsnachweise und das Verbot des Umsehens. Die Zille, das Umsehens nach Arbeit bei den Arbeitgebern zu verbieten, greift immer mehr um sich. Besonders sind es die größeren Verwaltungsstellen, die zu diesem Mittel greifen. Dabei ist es notwendig, daß öffentlich dazu Stellung genommen wird. Welches sind die Gründe, um dieses zu rechtfertigen? Zunächst wird das Uebernehmen der Werkstätten befristigt. Damit fällt auch der Vorwand der Unternehmer, daß sie bei jeder Gelegenheit sagen: „Wir können heute genug bekommen.“ Weiter sollen die Unternehmer veranlaßt werden, den Verbandsarbeitsnachweise mehr in Anspruch zu nehmen. Dieses würde wiederum einen Aufschwung des Arbeitsnachweises zur Folge haben. Um dieses vorauszusetzen, muß jedoch die übergroße Zahl der Kollegen an einem Orte organisiert sein. Wie sieht es aber hiermit? Auf die Meisterfesten trifft dieses ja zu. Auf die Geschirre, Wagen- und Treibriemenfesten aber weniger. Ich sehe in diesem Umsehensverbot weiter nichts, als einen lästigen Zwang für unsere Mitglieder. Wir haben in unserem Beruf das Gebäude der Organisation noch gar nicht fertig. Ja, es ist noch nicht einmal besetzt. Daher ist es unangebracht, innere Einrichtungen zu treffen, die durch Bitterkeitseinfüsse wieder beschädigt werden. Oder um deutsch zu reden: Wir haben in unserer Organisation noch nicht so viel Mitglieder im Verhältnis zu den Berufsangehörigen, um auf die Dauer einen solchen extremen Beschluß aufrechterhalten zu können. Es mag vielleicht für Orte, wie Offenbach, durchführbar sein, ein Ort, wo ein Spezialzweig, wie der Tischner, nur in Frage kommt. Für Orte mit gemischter Industrie des Sattlerberufes ist er undurchführbar. Es ist nicht zu vermeiden, daß fortgesetzt Verträge gegen das Verbot vorkommen. Und dieses ist leider zum Nachteil derjenigen Mitglieder, die gewissenhaft die Verbandsbeschlüsse hochhalten. Es gibt Kollegen, die nun einmal ihren persönlichen Vorteil über alles setzen. Unbestimmt um die Beschlüsse, fragen sie nach und werden eingestellt. Sind die Kollegen in der betreffenden Werkstatt gut organisiert, so können sie den Betroffenen zur Bewandlung ziehen und auf seine Entlassung dringen. In den meisten Fällen ist dies nicht der Fall, da geht es mit einer Klinge ab, kommt ein Mitglied in eine Werkstatt, wo wir keinen Einfluß haben und ist es nicht sehr in seinem Charakter, so preßt es auf alles und tritt aus.

Die große Masse der Unorganisierten bestimmen sich überhaupt nicht um die Verbandsbeschlüsse. Die gehen umsehens und werden eingestellt, wenn nicht sie zur Verantwortung. Unterdessen haben unsere Mitglieder auf dem Nachweis und warten auf Arbeitsangebote. Der Verband hat aber noch doppelten Schaden, und zwar zunächst in organisatorischer Beziehung: es kommen Unorganisierte in Stellen, wo Organisierte hätten hineinkommen

können; dadurch geht der Verband zurück. Weiter müssen wir einen Kaufes Unterstützung mehr zahlen, weil wir unsere Mitglieder nicht unterbringen. Man komme ja nicht und sage, die Unternehmer beunruhigen sich bei jeder Differenz auf die Zahl der Gehilfen, die vorzuziehen. Täusche man sich doch nicht. Die Unternehmer wissen es weit besser, wie der größte Teil unserer Kollegen beschäftigt ist und wie der Arbeitsmarkt sieht. Ja, ein Teil der Fabrikanten und Meister liegt weit aufmerksamer unsere eigene Zeitung, wie die Mitglieder selbst. Auf der nächsten Generalversammlung muß über diese Umschauverträge einmal ein ernstes Wort gesprochen werden.

Eine Anzahl Arbeitgeber benutzen überhaupt keinen Arbeitsnachweis, sie annonciieren in der Zeitung. Jeder Unorganisierte geht sofort hin; ein Organisierte möchte sich erst beim Vorstand erkundigen, zumal, wenn es von einer anderen Stadt aus geschieht. Bei dieser langfristigen bürokratischen Auseinandersetzung wird dann die Stelle glücklich anderweitig besetzt.

Mit dem Ueberlaufen der Werkstellen hat es ja auch sein Aber. Bei der fortschreitenden Spezialisierung unseres Berufes, können die Unternehmer all und jeden gar nicht einstellen. Und solche Stellen, die von jedem ausgefüllt werden können, sind schon längst von Lehrlingen, Mädchen oder Hilfsarbeitern besetzt. Somit bleibt für die Arbeitgeber die Notwendigkeit, nur eingearbeitete Gehilfen einzustellen. Es kann zum Beispiel einer, der auf Treibriemen gelernt hat, nicht gleich auf Tischen arbeiten. Entweder muß er für geringeren Lohn schaffen oder ein paar Bruchstunden durchmachen, um den Begriff wegzubekommen.

Damit ist nun nicht gesagt, daß wir unsere Arbeitsnachweise vernachlässigen sollen. Im Gegenteil, man kann dieselben auch ohne Umschauverträge in die Höhe bringen. Die Agitation muß in den Städten wie auch im Bezirk auf das Lebhafteste betrieben werden. Es müssen die Meister, wie auch die Gehilfen ja selbst die Lehrlinge, auf den Verhandlungsarbeiten aufmerksam gemacht werden. Bei Lohnbewegungen verpflichtet man die Prinzipale, daß sie unsere Nachweise in Anspruch nehmen. Welche Bedeutung die Arbeitsnachweise im wirtschaftlichen Kampfe besitzen, brauche ich hier nicht näher auseinanderzusetzen. Darüber sind wir uns klar.

Bei dem Verbot des Umschauens haben wir die Frage aufzuwerfen, bringt uns dieses Vorteile oder Nachteile. Ueberwiegen die Nachteile die Vorteile, dann soll mit solchen Bestimmungen.

D. S. J. S.

**Aus Industrie und Handel.**

Ueber die Lederindustrie in Wien im Jahre 1907 entnehmen wir aus dem Jahresbericht der Handelskammer folgende Mitteilungen:

In der Ledergerbereiwaren-Erzeugung gestalteten sich die geschäftlichen Verhältnisse relativ ungünstig. Teils hatte man mit dem Mangel richtiger Qualitäten der Rohware, teils mit der fortwährenden Steigerung der Materialpreise zu kämpfen, welche trotz aller Anstrengungen von der Hundschaff nicht heringebracht werden konnten. Dazu traten noch die ununterbrochenen Ansprüche der Arbeiterschaft auf Lohn erhöhungen infolge der Preissteigerung aller Lebensmittel. Zu diesen mißlichen Umständen kam noch der verteuerte Geldkredit, welcher die kleineren und mittleren Kaufleute, besonders in Ungarn, zu unregelmäßigen Zahlungseinstellungen zwang. Der Absatz nach Ungarn befiel für die heimische Ledergerbereiwarenbranche noch immer eine namhafte Bedeutung, weil die dortige Konkurrenz sich zwar bereits langsam entwickelt, da sie von der dortigen Regierung in jeder Art und Weise unterstützt wird, immerhin aber aus vielerlei Ursachen nur einen geringen Teil des dortigen Bedarfes decken kann. Auch der Export litt im allgemeinen unter den geschädigten Verhältnissen. Lederarbeiten, fast ausschließlich feinsten Genres, gehen hauptsächlich nach England, Frankreich, Spanien, Rußland und Nordamerika, dann in zweiter Linie nach Italien, Ägypten, einigen Balkanstaaten und nach Argentinien. Nach Ostasien hat der Absatz zum Teil ganz aufgehört, woran die gesunkenen Kurse in China zum guten Teile die Schuld tragen dürften. Außerordentlich lebhaft wird die Unterbindung des Verkehrs nach Serbien und Bulgarien infolge des Fehlens eines Handelsvertrages beklagt, da die autonomen Zolltarife den Export österreichischer Lederwaren nach diesen zwei Balkanstaaten nahezu vollständig unterbunden haben. Das ist um so trauriger, als diese Märkte, wenn einmal verloren — und sie sind nahezu ganz verloren — nur mehr mit schweren Opfern und niemals wieder vollständig zurückzuerobert sind.

Im Abgange von Lederwaren trat im allgemeinen keine besondere Veränderung gegenüber dem Vorjahre ein, nur machte sich zu Ende des Berichtsjahres eine merkliche Unlust der Einkäufer fühlbar.

Trotzdem sich die Konkurrenz in dieser Industrie nicht vermehrte, wurde es dennoch notwendig, zu Beginn des Jahres 1908 eine Verminderung der Arbeitskräfte vorzunehmen, oder aber in vielen Betrieben die Arbeitszeit merklich zu verkürzen. Der Export erreichte ebenfalls nicht die Höhe des Vorjahres. Infolgedessen machte sich eine wenn auch nicht sehr bedeutende Ueberproduktion bemerkbar. Auch die Geldverhältnisse haben dieser Branche merklich geschadet. Die Produktionsverhältnisse erfordern durch die Rohmaterialsteigerung und durch erhöhte Arbeitslöhne eine Verbilligung.

Die Genossenschaft der Tischler in Wien konstatiert, daß der Geschäftsgang der Genossenschaftsmitglieder sich nur im ersten Halbjahr 1907 gut angeschlossen hat, im zweiten Halbjahr jedoch sehr viel zu wünschen übrig ließ. Die Schuld hiervon wird der unberechtigten Plattenmacherei, welche den Kunden mehr und den Verband empfindlich beeinträchtigt, dann der amerikanischen Krise zugeschrieben. Ungarn ist noch immer ein guter Abnehmer. Die Genossenschaft wünscht zur Hebung des Wiener Tischlergewerbes lebhaft die Förderung des Exports.

Die Wirkungen des Autotrachs vom vorigen Herbst scheinen sich nach und nach zu verlieren. Begünstigt durch die Hochkonjunktur auf allen wirtschaftlichen Gebieten, nahm auch die Produktion in der Fabrikation der Automobile eine ungeheure Ausdehnung an. Da diese Industrie aber erst in der Entwicklung begriffen und die Frage der Technik einer stetigen Wandlung unterworfen ist, trieb ein neues Modell das andere, ungeheure Kapitalien in den Dienst dieser Sache investierend und somit dem schweren Krah entgegenstrebend, der denn auch im Herbst 1907 eintrat. Es ist daher erfreulich, zu vernehmen, daß die Ausfuhren sich zu verbessern scheinen. Insbesondere erhält der Geschäftsbericht der Daimler-Werke bei Stuttgart einige nennenswerte Beiträge auf diesem Gebiete. Es heißt hierüber unter anderem:

Die amerikanischen Kasse und deren Rückwirkung auf die europäischen Geldmärkte bewirkten ziemlich plötzlich eine direkte und indirekte Einschränkung der Kaufkraft der gerade für Luxus-Automobile in Frage kommenden Massen derart, daß eine starke Stokung des Absatzes die Folge war. Hinzu kommt, daß in den letzten Jahren neue Automobilfabriken in übergrößer Anzahl entstanden und die Werkzeuge vorhanden waren, sich durch Zubauten auf eine große Konsumzunahme vorbereiteten. Diese Umstände in ihrer ungünstigen Zusammenwirkung mußten der Automobilindustrie empfindliche Rückschläge bringen. Manche Fabriken sind diese Ereignisse verhängnisvoll geworden; schlimmer noch wurden die Händlerkreise betroffen, die sich ihrer Vorräte nur mit Verlust entledigen konnten. So vollzog und vollzieht sich durch zwingendes oder freiwilliges Ausscheiden der schwachen Hände ein allmählicher Rückgang der Produktion, der zusammen mit der Verringerung der Geldmärkte eine Minderzehr zu normalen Absatzverhältnissen bei angemessenen Preisen herbeiführen wird. Die Daimler-Motoren-gesellschaft hat durch Einschränkung ihrer Produktion der Marktfrage Rechnung getragen und werden durch Neuorganisation des Verkaufes überflüssige Zwischenhände möglichst ausschalten.

**Aus anderen Organisationen.**

Der Verband der Zimmerer Deutschlands hält zurzeit eine große Zahl von Versammlungen ab in allen Teilen des Reiches. Vorzuziehen sind 280 Versammlungen, welche aber weniger zum Zweck der Agitation als zur Klärung der neuen tariflichen Situation im Augeverbe dienen sollen. Aus den Erfahrungen heraus, welche die verschiedenen Verbände mit der Tarifpolitik und mit deren Behandlung auf den Verbandstagen gemacht haben, beabsichtigt der Zimmererverband, diese Frage vor der Generalversammlung, die im nächsten Jahre stattfindet, zu klären, um eine glatte Erledigung dieser Materie zu ermöglichen.

Der Verband der Typsetzer arrangiert gleichfalls 110 Versammlungen, die aber einer größeren Agitation und Propaganda für die Organisation dienen sollen.

Der Sitz des Holzarbeiterverbandes wurde am 17. September von Stuttgart nach Berlin verlegt, gleichfalls auch die Redaktion des Fachblattes. Die Arbeitslosigkeit genannten Verbandes war im Monat August eine sehr beträchtliche. Arbeitslos wurden insgesamt 12 580 Mitglieder, von denen 1033 die Arbeitslosenunterstützung im Betrage von 55 515,20 Mk. und 9044 Mitglieder 14 262 Mk. für Arbeitsunterstützung erhielten. Zu beachten ist, daß 12 Verwaltungenstellen nicht berichtet hatten.

Die Mitgliederzahl des Verbandes der Papierer betrug am Schluß des zweiten Quartals 8066. Das Verbandsvermögen belief sich auf 100 891,55 Mk. Für Streik, usw. Unterstützung

wurden 30 692 Mk. für Arbeitslosenunterstützung 10 210 Mk. verausgabt.

Im Textilarbeiterverband tritt am 1. Oktober die Arbeitslosenunterstützung in Kraft, deren Einführung von dem letzten Verbandstag beschlossen wurde.

Der Buchbinderverband zählte am Schluß des zweiten Quartals 21 815 Mitglieder, davon 9153 weibliche. Gegenüber dem ersten Quartal ist ein Rückgang von 232 Mitgliedern, davon 205 weibliche, festzustellen. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden in den Verbandssitzungen 45 107,38 Mk. verausgabt, die Arbeitslosenunterstützung erforderte eine Ausgabe von 32 438,97 Mk. Sie wurde ausbezahlt an 1407 Personen für 30 172 Tage.

Die Mitgliederzahl des Gemeindegewerksverbandes betrug am Schluß des zweiten Quartals 27 631 gegen 27 235 im vorhergehenden Quartal. Das Verbandsvermögen betrug 272 410,99 Mk.

**Rundschau.**

Eine internationale Friedensdemonstration der Arbeiter. Ein bedeutendes Ereignis war die Demonstration, die auf Anregung hervorragender englischer Arbeitervertreter die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Berlins am 20. September für die internationale Arbeiterverbrüderung und für die Erhaltung des Weltfriedens veranstaltete.

Die Versammlung fand im größten Saale Berlins statt. Etwa 5000 Personen befanden sich im Saale der „Neuen Welt“, während mehr als die doppelte Zahl sich im Garten drängte. Legien eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, die die Bedeutung dieser Verbrüderung der englischen mit der deutschen Arbeiterschaft würdigte, die Stärke der beiderseitigen Organisationen hervorhob und den Eindruck dieser Demonstration überzeugend darlegte. „Wenn die Arbeiterklasse der Welt sich einigt ist, dann ist es vorbei mit der skandinavischen Verbebung der Völker!“ Er kennzeichnete die Maßnahmen, die Regierung und Polizei gegenüber dieser Friedensdemonstration getroffen haben, als einen neuen Beweis, daß der Feind der Arbeiterklasse nicht außerhalb der Landesgrenzen hebe; Kapitalismus und Militarismus sind der Feind der Arbeiterschaft aller Länder! Als erster Sprecher der englischen Delegation überredete Mr. Maddison, Sekretär der englischen Schiedsgerichtsstelle, dem Vorstehenden die von 3000 Unterschriften unterzeichnete Adresse der Arbeiter Britanniens an die Arbeiter Deutschlands.

Die Adresse hat folgenden Wortlaut:

„Brüder! Früher wurden Kriege gewöhnlich durch die dynastischen Streitigkeiten von Monarchen, durch die Intrigen und Zänkereien von Staatsmännern, religiösen Habern und Verfolgungen oder Rassenurteilen verursacht. Einige dieser Ursachen gibt es freilich noch immer als mächtige Quellen des Unheils, aber heute übt der Teil der Presse die unheilvollste Wirkung aus, welchen prinzipienlose Kapitalisten besitzen und beherrschen. Die häufigen Versuche dieser Mächte, zwischen Euren und unserem Lande Zwietracht heraufzubeschwören, schmerzen uns; aber wir versichern Euch, daß zu diesen unheilvollen Versuchen weder der Anstoß von den Arbeitern Britanniens gegeben worden ist, noch daß sie sie gutheißen. Viele Jahre wirkte man erfolgreich in dieser unheilvollen Weise, Zwiespalt zwischen den Arbeitern Frankreichs und uns stend, indem man die Leute in beiden Ländern lehrte, einander zu hassen und ihre Mittel durch Wettstreit im Militarismus und Rüstungen zu vergeuden, deren fast unberechenbare Kosten das britische und das französische Volk zu tragen hatten. Nicht nur diese vergeudeten Millionen wurden von den Arbeitern erpreßt, sondern durch Generationen hindurch blämspinn und töteten sich die Leute beider Länder wie Wölfe, und die einzigen Personen, die aus dem Blutbade Nutzen zogen, waren die Bucherer und die Klassen, die selbsttätige Zwecke verfolgten. Die große Masse begahle und kämpfte; die besitzende Klasse heimste die Frucht ihrer unnütigen Torheit ein. Schließlich jedoch, nach langen Jahren unermüdbler Anstrengung ist durch einen zwischen den beiden Ländern geschlossenen Schiedsgerichtsvertrag der Friede gestiftet. Dieser Vertrag ist ein Triumph für die Arbeiter Britanniens und Frankreichs; denn sie waren es, die — trotz Schmach und Spott — vor 37 Jahren den Weg bahnten und schließlich erreichten, daß er angenommen wurde. Dem Vertrage folgte schnell eine von der britischen und von der französischen Regierung einberufene Konferenz, die leicht Mittel und Wege fand, alle wichtigen Streitigkeiten zwischen unserem Vaterlande und Frankreich aus der Welt zu schaffen. Der Bericht dieser Konferenz wurde vom französischen

und vom britischen Parlament ratifiziert, mit dem Resultate, daß die in beiden Ländern gehegte Furcht vor einer Invasion nicht mehr existiert, zum Nachteil der Vorkämpfer und der Verbreiter blinden Varns, jedoch zum Vorteil der Arbeiterklasse im allgemeinen. Was kann die Arbeiter Deutschlands und Britanniens hindern zu tun, was Frankreich und Britannien getan haben? Zwischen Euch und uns gibt es weder Streitigkeiten noch Ursachen zu Streitigkeiten miteinander. Es ist nicht allein unser Wunsch, sondern es liegt auch in unserem Interesse, daß zwischen uns ungetrübte Eintracht herrsche, und doch erfindet uns verbretete eine Reihe von Geirungen in beiden Ländern wesentlich böshafte Darstellungen mit Bezug auf das Hebelwollen Euch gegenüber. Solche Gerüchte mögen vielleicht kriegslustige Journalisten und andere selbstsüchtige Personen hegen, aber die Arbeiter, die Euch, den Arbeitern Deutschlands, die Hand der Freundschaft entgegenstrecken, teilen sie nicht. Freudig erregt über den Fortschritt, den man mit dem Prinzip des Schiedsgerichtsverfahrens gemacht hat, dessen Durchführung einen Ausweg bei der Beilegung von Streitigkeiten bedeutet, wünschen diejenigen, die mit dieser brüderlichen Völkchaft Euch nahen und alle, die unter dieses Schriftstück ihren Namen gesetzt haben, aufrichtig, dieselben freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Britannien zu schaffen, die jetzt zwischen unserem Vaterlande und Frankreich herrschen. In diesem Geiste und mit dieser Hoffnung kommen wir zu Euch. Wenn auch bei vielen von uns die politischen, sozialen und religiösen Ansichten auseinandergehen, sind wir einig in dem Glauben, daß der Friede nicht nur der Lebensodem ist, sondern die erste und unerläßliche Bedingung des Fortschritts. Start in diesem Glauben, wollen wir noch ein Glied an der Kette menschlicher Brüderlichkeit schmieden und die Kette, welche das deutsche mit dem britischen Volk verbindet, so stark machen, daß die vereinigten Mächte der Zwietracht nicht instande sind, sie zu zerreißen. Jedoch ist all unser Hoffen und Trachten, so wichtig es auch sein mag, von geringer Bedeutung im Vergleich mit der mächtigen Aufgabe, die drückende, vom Militarismus und durch kostspielige Kämpfungen auferlegte Bürde zu erleichtern. Wir glauben, daß mit geringen Ausnahmen Monarchen und Staatsmänner wirklich danach streben, den Krieg zu vermeiden, obgleich manche derselben sonderbare Ansichten über die besten Mittel und Wege zur Erhaltung des Friedens haben. Was auch immer die Ansicht der Herrscher sein möge, die Erzeuger des Wohlstandes haben alle Ursache, Streitigkeiten beizulegen, ohne einander zu bekämpfen. Sie sind nicht schuld an den Zwistigkeiten der Nationen, aber sie haben die Kriegskosten zu bezahlen und ihr Blut zu vergießen.

Wir haben nicht den Auftrag, für die Arbeiter Frankreichs zu sprechen, doch — wie wir sie kennen — dürfen wir wohl dem Glauben Ausdruck geben, daß sie freudig die mit uns geschlossene Verbrüderung auf Euch ausdehnen würden, und wenn sich die Arbeiter Britanniens, Frankreichs und Deutschlands zusammenschließen in dem Verlangen, daß an Stelle des Krieges das Schiedsgerichtsverfahren treten soll, dann wird der verderbliche Einfluß der Ausbeuter und der Verbreiter blinden Varns und ihrer Organe geschwächt, läuft der Friede Europas weniger Gefahr, gebrochen zu werden, und aus den Tausen der Arbeiter zöge man nicht mehr Millionen, um sie an Kämpfungen zu verschwenden. Es würde uns freuen, wenn Ihr mit uns in Ideenaustausch eintreten oder unseren Besuch erwidern wöllt.

(Unterzeichnet ist die Erklärung von 48 Parlamentsmitgliedern und 13 Gewerkschaftsführern.)

Die Adresse wurde vom Genossen Richard Fischer in Berlin beantwortet mit dem Hinweis auf die unterschiedlichen Rechtsverhältnisse Englands und Deutschlands, die die deutschen Arbeiter zwingen, aus einer Friedensdemonstration eine parteipolitische Demonstration zu machen. In scharfen Worten wandte sich Fischer gegen die Kriegsheter in beiden Ländern und hob die großen gemeinsamen Kulturinteressen der beiden Völker hervor. Hinter der demonstrierenden Berliner Arbeiterschaft stehe die ganze Arbeiterklasse Deutschlands, die soeben auf ihrem Rürnbergertag dem Gedanken des Friedens durch Annahme einer Resolution Ausdruck gegeben habe. Dieser Resolution möge sich die Versammlung anschließen, indem sie erkläre:

„Die in den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei organisierte Arbeiterklasse verliert begründet die Delegation der englischen Arbeiterklasse aufs herzlichste und nimmt die von ihnen überbrachte Adresse als Ausdruck der brüderlichen Solidarität entgegen. In voller Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der politischen Vertretung der Massenbewegung Arbeiterchaft Deutschlands erklärt sie:

Das gemeingefährliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker, wie das englische und das deutsche, gegenseitig zu verhegen

und zum Kriege aufzustacheln, dient nur den engherzigen und furchtsichsten Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen.

Es steht im schroffsten Gegensatz zu der Gewinnung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die enge Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind.

Angeichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg in erster Linie den wertigsten Klassen auferlegt, und der ungeheuren materiellen wie kulturellen Schädigungen, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angeichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Kulturrationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt; verpflichtet sich die heutige Versammlung, entsprechend der Resolution des internationalen Kongresses in Stuttgart, Hand in Hand mit der englischen Arbeiterklasse mit allen in Betracht kommenden Mitteln dahin zu wirken, daß der schandvolle Weltkrieg überwunden und der Friede gestiftet wird.

Nach Fischer sprachen noch die englischen Delegierten Chadleton als Vorsitzender des britischen Trade-Unionkongresses, Appleton als Sekretär der General-Föderation der Gewerkschaften, und Allen als Vorsitzender des britischen Gewerkschaftskongresses. Danach wurde die Versammlung in den Garten verlegt, wo auf drei Tribünen die englischen Vertreter Mr. Ward (Sekretär der Erdarbeiter), Mr. Kellen (Sekretär der Schuhmacher) und Mr. Freat (Sekretär der Schuhmacher) Ansprachen hielten. Die Resolution wurde mit brausenden Hochrufen einstimmig angenommen.

**Gewerkschaften und Theaterveranstaltungen in Gera.** Zu Nr. 451 vom 25. September 1908 schrieb die „Tägliche Rundschau“ in Berlin:

„Die Verwaltung des fürstlichen Hoftheaters zu Gera hatte billige Vorstellungen für Arbeiter in Aussicht genommen. Diese löbliche Absicht wird jedoch schwerlich zur Tat werden, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaften Extravorstellungen wünschen, da sie mit den anders gestimmten Arbeitern christlicher Gesinnung nicht zusammen das Theater besuchen wollen. Man hätte ein derart gebäffiges und unfamerabwürdiges Vorgehen nicht für möglich halten sollen, aber die Sache beruht auf Wahrheit. Man hört, daß die Theaterverwaltung auf das dreifache Annehmen nicht eingehen wird, da sie nur Extravorstellungen für alle Arbeiterkreise veranstalten will, so daß nun den Arbeitern die Wohltat solcher Veranstaltungen nicht zuteil werden dürfte.“

Diese schöne Erzählung hat sich der Mann der „Täglichen Rundschau“ von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gesogen. Die Tatsachen, die dem Reichsverbandsblatt bei der Abfassung der Lügennotiz als Unterlage gedient haben dürften, sind folgende:

Der in Gera bestehende Bildungsausschuss hat mit dem fürstlichen Theater einen Vertrag geschlossen, wonach gegen ein Honorar von 500 Mk. Sonntagabends-Vorstellungen zu veranstalten sind. Die Eintrittskarten zu diesen Vorstellungen verteilt der Ausschuss, genau so, wie jede andere Privatperson, die ein Theater gemietet hat, auf eigenes Risiko.

Weiter veranfaßte die Theaterleitung noch besondere Volks- und Arbeiterveranstaltungen, die mit den vom Bildungsausschuss vorgesehene nichts gemein haben.

Die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ haben weder mit der einen noch mit der anderen Art der Veranstaltungen etwas zu tun; auch weiß niemand in Gera etwas von Rühellichkeiten der in der „Täglichen Rundschau“ erwähnten Art. Somit liegt die Vermutung nahe, daß die Lüge in die Welt gesetzt worden ist, um die Theaterverwaltung mit der Arbeiterschaft in Differenzen zu bringen. Dieser Plan scheint aber fehlschlagen, denn die Direktion hat auf eine besondere Anfrage hin erklärt, daß die Gründung des Reichsverbandsblattes eben eine Erfindung sei und daß die erwähnten Theaterveranstaltungen bestimmt stattfinden würden.

**Bittor Böhmerl für die Konsumvereine.** Eine sachverständige Beurteilung des Konsumvereinswesens findet sich in Nr. 18. Jahrgang 1908, des von Bittor Böhmerl herausgegebenen „Volkswohl“. Organ des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Der Artikel trägt die Ueberschrift: „Der Kampf gegen die Konsumvereine“ und beginnt mit folgenden Darlegungen: Die Konsumvereinsbewegung, die im Deutschen Reich schon gegenwärtig etwa 1 1/2 Millionen Personen umfaßt, verdient nicht allein wegen ihrer gewaltigen Ausbreitung die Bedeutung weitestverbreiteter Kreise. Was ihr vielmehr in erster Linie eine hohe soziale Bedeutung verleiht, das ist der Umstand, daß die Konsumvereine Einrichtungen sind zur Verbesserung der materiellen Lage der

minderbemittelten Volksschichten. Aus diesem Grunde erscheint auch in unserer Zeit der sozialen Gesehung die Bekämpfung der Konsumvereine durch Sondersteuern wie ein Widerspruch, und das um so mehr, als die übrigen Berufsstände, von einigen Detailhändlern abgesehen, überhaupt nicht durch die Ausbreitung dieser Genossenschaften in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Bewegung gegen die Konsumvereine würde überhaupt ihren starken Einfluß auf die Gesehung nicht haben erlangen können, wenn sie nicht auch von solchen Berufsständen unterstützt würde, die von diesen Genossenschaften in ihrem Erwerb gar nicht benachteiligt werden. Keinerlei Nachteile hat das Konsumvereinswesen z. B. für die Landwirte, die selbst sehr viele Einkaufsgenossenschaften errichtet haben. Im Gegenteil, die Landwirtschaft hat insofern Nutzen von den Konsumvereinen, als sie an diese durch Absatzgenossenschaft in großem Maßstabe ihre Erzeugnisse unmittelbar absetzt. Deshalb wird auch von namhaften Agrarpolitikern, die dem Parteileben fernstehen, die Bedeutung der Konsumvereine richtig gewürdigt.

Wie die Arbeiter, so haben auch die gewerblichen Unternehmer, insbesondere die Industriellen, ein erhebliches Interesse an der Erhaltung und Weiterentwicklung der Konsumgenossenschaften, denn ihnen liegt naturgemäß daran, daß ihre Arbeiter sich mit dem verbienten Lohn die Lebensbedürfnisse aus billigen und guten Bezugsquellen beschaffen können. Aus diesem Grunde haben auch Industrielle häufig selbst die Errichtung Konsumgenossenschaftlicher Verkaufsgeschäfte für die Arbeiter ihrer Fabriken in die Wege geleitet und unterstützt. In Ländern, wo die Industrie die hauptsächlichste Erwerbsquelle der Bevölkerung ist, wo aber die Industriellen oft noch nicht eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Vertretung in den gesehenden Körperschaften haben, wird es daher die Sache der Vertreter der einflußreicheren Volksschichten sein, dafür zu sorgen, daß die Interessen der Industrie nicht den genossenschaftlichen und für die Detailhändler nutzlosen Bestrebungen einiger Konsumvereinsgegner geopfert werden.“

Der Verfasser schildert nun weiter, daß auch die Handwerker zahlreich an den Konsumvereinen beteiligt sind. In Sachsen gehören fünf bis sechs Prozent aller Handwerker den Konsumvereinen an, unter den Konsumvereinsmitgliedern des Allgemeinen Verbandes befinden sich 1 1/2 Proz. Handwerker. Trotzdem gehören die Mittelhandwerksvereine zu den Gegnern des Konsumvereinswesens, lediglich der paar Detailhändler wegen, deren trübes Dasein durch die Konsumvereine beunruhigt wird. Daß die Konsumvereine aber noch nicht einmal den Detailhandel wesentlich einschränken, ist zur Genüge bekannt.

**Korrespondenzen.**

München. (E. 28. 9.) Versammlung der Sattler der Artilleriewerkstätten. Am Freitag, den 18. September fand auf Veranlassung des Verbandes der Sattler eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage der Militärartillerie und was haben die Kollegen der Artilleriewerkstätten zu erwarten? Referent Kollege Ellinger schilderte in sachlichen und klaren Ausführungen die Entstehung des Sattlerverbandes und betonte, daß es gerade die Militärartillerie waren, die zuerst die Veranlassung gaben, daß die Sattler sich zusammenschlossen, und lange Jahre hindurch haben sie auch hier in München den Stamm der Filiale gebildet. Erst seit 1901, wo die Filiale tatkräftig für die Kollegen eingetreten ist und einen großen Teil der Kollegen eine Lebensstellung verschaffte, ist der Organisationsgedanke bei den Kollegen wieder eingeschlafen, und nur wenige blieben dem Verbands treu. Nun ist aber in der Privatindustrie in den letzten Jahren der Gewerkschaftsgebanke durchgedrungen und auch der Erfolg nicht ausgeblieben. Es wurden Forderungen durchgeführt, die erst in der letzten Landtagsession infolge einer Petition der Kollegen auch in der Artilleriemerkhätte durchgeführt werden konnten. Nun wurde schon lange Jahre hindurch von den Gewerkschaften daran gearbeitet, stabilere Verhältnisse zu schaffen, um größere Arbeiter-Einkünfte und -Ausstellungen zu vermeiden. Die Direktion hat jetzt den Versuch gemacht, Arbeit an Privatunternehmer, und zwar in Submission, zu vergeben. Die Firma Römer u. Ullm, die das niedrigste Angebot machte, erhielt den Zuschlag für ungefähr 2000 Lornister — fertiger Zuschnitt — um den Preis von 425 Mk. Die gleiche Summe wird hier in der Artilleriemerkhätte als Arbeitslohn bezahlt. So kommt es, daß jetzt die Firma Römer u. Ullm für die gleiche Arbeit, für die hier 425 Mk. bezahlt werden, nur 3,30 Mk. an ihre Arbeiter bezahlt. Da aber die Kollegen hier schon im Afford fleißig arbeiten müssen, um ihren Taglohn zu verdienen, so kann man sich

denken, wie die Arbeit dort angefertigt wird. Daß die Qualität der Ware sicher darunter zu leiden haben wird, das dürfte auch der Militärverwaltung klar sein. Auch die Existenz vieler Kollegen in der Artilleriewerkstätte dürfte hierdurch als gefährdet betrachtet werden. Wo bleiben hier die Geschäfte des Landtages, das Staatsarbeiten nur an tarif-treue Firmen vergeben werden dürfen? Hier wäre doch in erster Linie der Tarif der Artilleriewerk-stätte maßgebend. Die Versammlung war ferner der Ansicht, daß die Sattler der Artilleriewerkstätte alle Ursache haben, mit den Kollegen aus der Privat-industrie Hand in Hand zu gehen. Das kann aber nur geschehen in einer Zentralorganisation, im Verband der Sattler. Zum Schluß appellierte der Vorsitzende an die Kollegen, sich zu organisieren sowohl in der Gewerkschaft, wie in der Partei und auch die Parteipresse, die „Münchener Post“, fleißig zu lesen. Sie allein ist es, die den Arbeitern zur Seite steht und ihre Interessen vertritt. Mit einigen Neuaufnahmen schloß die schon verlaufene Versammlung.

**Offenbach.** (E. 3. 10.) Am 29. September war eine kombinierte Versammlung der Portefeuller und Sattler einberufen, welche sich mit der Verschmelzungsfrage beschäftigte. Kollege Schulze-Berlin hatte hierzu das Referat übernommen. Dem „Offenbacher Abendblatt“ entnehmen wir hierüber folgenden Bericht über das Referat:

Die Verschmelzung wirtschaftlicher Organi-sationen ist eine Frage, die zu den wichtigsten gehört, womit Mitglieder sich zu beschäftigen haben. Es handelt sich im Grunde darum, zu entscheiden, wie am wirksamsten die Interessen der Arbeiter zu wahren sind. Eine Verschmelzung der Sattler mit anderen Verbänden wird schon seit Jahren dis-kutiert. Durch mit den Tapezierern. Das ge-schah sich; die Entwicklung beider Branchen führte die Organisationen auseinander. Bei den Sattlern wurde später die Schaffung eines Industrie-Ver-bandes angeregt. Das war allerdings zu früh; die gemeinsame Bearbeitung eines Rohmaterials, des Leders, bedingt noch lange nicht gemeinsame Vor-bedingungen für den wirtschaftlichen Kampf gegen das Unternehmertum. Wir haben die Ver-schmelzung mit dem Verufe anzustreben, der uns am nächsten steht. Nicht das macht den Industrie-verband groß, was er an absoluten Mitgliederzahlen aufzuweisen hat, sondern der Prozentgehalt der organi-sierten Kollegen im Verufe überhaupt. Dasselbe läßt sich von den Klassenverhältnissen sagen. Auch die Verwaltungskosten sind bei kleineren Verbänden nicht viel höher — abgesehen vielleicht von den Kosten für Herstellung der Nachrichten. Die In-dustrieverbände sind dort eine Unwendigkeit, wo eine Scheidung der einzelnen Berufsgruppen in einem Betriebe nicht mehr möglich ist, wie bei den Metallarbeitern.

In der Lederindustrie liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Wir haben hier nicht die Ent-wicklung wie in der Metallindustrie, und die ge-meinsame Bearbeitung des Leders kann für eine Verschmelzung, wie gesagt, nicht maßgebend sein. Eine Konferenz der beteiligten Verbandsvorstände im August 1906 in Berlin hat denselben Standpunkt eingenommen. Bei den Sattlern und Portefeullern liegt die Sache so, daß beide Kategorien von Arbeitern an einem Tisch, in einer Werkstatt, ja sogar an einem Stuhl arbeiten. Die Schär-fmaschine war der revolutionisierende Faktor; sie hat es dahin gebracht, daß auch der Sattler dieselbe Arbeit zu leisten imstande ist wie der Portefeuller.

Wir haben seit 1. Juli d. J. einen einheitlichen Vertrag. Daraus allein schon erwächst für uns die Verpflichtung, uns der Entwicklung anzupassen; zumal auch die Unternehmer sich einheitlich organi-siert haben. Das Kleinliche, Trennende in den Or-ganisationen muß verschwinden im Interesse des besseren Fortkommens beider Berufe. Die Portefeuller haben die Notwendigkeit der Verschmelzung vorausgesehen, und ist die Erwiderung der zur Dis-kussion stehenden Frage eine logische Folge der Ent-wicklung beider Gewerbe. Die Tarifbewegung wurde gemeinsam geführt, das was früher einem Zusammenwirken entgegenstand, ist weggeräumt, es liegt an Ihnen, zu entscheiden! Die Beiträge der Portefeuller waren niedriger, sie sind erhöht. Die Heimarbeit ist für beide Branchen tariflich ge-regelt, die Agitation kann einheitlich gestaltet werden. Wie kann nun die Verschmelzung vor sich gehen? Es sind dazu Vorarbeiten nötig, Gegen-sätze zu überbrücken. Ein Plan muß aufgestellt werden, die Grundlagen zu schaffen für die gemein-same Organisation. Eine Konferenz der berufenen Vertreter beider Organisationen hat sich dahin ge-einigt, Ihnen Vorschläge zu unterbreiten. Da ist zunächst beschlossen, die nächste Werbungsperiode es bei einem Beitrag von 46 Pfennigen zu belassen. Das Unterstützungswesen soll fu geteilt werden, daß den Bestimmungen des Sattlerverbandes der Vorzug zu geben ist, weil deren Unterstützungsfäh-igkeit höher gewesen sind.

Der Redner detailliert an Hand der Statuten im weiteren eingehend die Unterschiede in den Unterstützungsbedingungen beider Organisationen und teilt noch mit: „Die Zeitung soll in Zukunft im selben Format wie bisher achtbändig erscheinen. Es wird gelingen, eine Kraft freizubekommen, die sich nur dem Nachhören widmet, dadurch ist die Möglich-keit gegeben, dasselbe besser auszugestalten. Durch die Verschmelzung gewinnen wir wesentlich an Stoffkraft den Unternehmern gegenüber. Die Vor-sände haben den Boden bereitet, es liegt an Ihnen, ein Ganzes im Interesse der gesamten Arbeiter-schaft zu schaffen!“ (Lebhafte Beifall.)

Zu der Diskussion sprachen sich zwei Kollegen nur bedingt für die Verschmelzung aus, während Weinschild eindringlich der baldigen Vereinigung das Wort redet. Wollen wir uns von der wirtschaft-lichen Entwicklung nicht unweihen lassen, müssen wir uns dieser Entwicklung anpassen. Die Unter-nehmer machen keinen Unterschied zwischen Sattlern und Portefeullern, für sie ist maßgebend: Gute Arbeit bei niedrigen Löhnen. Das allein bedingt ein Zusammengehen der Arbeiter. Er widerlegt dann die beiden Vorredner und appelliert an die Versammlung, die Frage, mehr von großen Gesicht-spunkten zu behandeln. Um die Verschmelzungsfrage eingehender diskutieren zu können, wurde be-schlossen, sie in Mitgliederversammlungen beider Branchen durchzusprechen.

In seinem Schlusswort zerstreute Kollege Schulze nochmals die Bedenken, die in der Dis-kussion zutage gefördert wurden, und verwies auf die Kämpfe der Bauarbeiter in Berlin, welche eine unrichtige Taktik eingeschlagen hatten. Der ge-plante Zusammenschluß unserer beiden Organi-sationen erfolge lediglich zu dem Zwecke, eine ge-schlossene Kampfesfront den vereinigten Unter-nehmern gegenüber zu schaffen.

**Leipzig.** (E. 2. 10.) Freitag, den 25. Sep-tember, lagte unsere regelmäßige Mitgliederver-sammlung, welche sich wiederum mit dem Arbeits-nachweis und den dazu gestellten Anträgen beschäf-tigte. Nach langer Debatte wurde das Umschau-verbod aufgehoben. Der Arbeitsnachweis ist wie bis-her von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Die Diätenfrage wird zur Generalversammlung geregelt. Der Vorstand wird beauftragt, betreffs Regelung des Arbeitsnach-weis ein Regulativ auszuarbeiten. Als Revisor wurde Kollege Langberger gewählt. In den Arbeits-nachweis Kollege Grothe.

**Bekanntmachungen der Hauptverwaltung.**

Als verloren gemeldet wurde die Mit-gliedskarte Nr. 5535 für Wilh. Mohleder.

In der nächsten Nummer der Zeitung soll das Adressenverzeichnis erscheinen. Wir ersuchen die Verwaltungsstellen, etwaige Änderungen bis zum Freitag, den 16. Oktober, einbringen zu wollen.

Die Verwaltungsstellen werden gebeten, bis spätestens 15. Oktober die Abrechnungen und Gelder für das 3. Quartal einzusenden.

**Zur Beachtung für Militärpflichtige!**

Die zum Militär eintretenden Mitglieder machen wir hiermit auf die recht-zeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwal-tungsstellen aufmerksam. Die Bücher werden durch die Ortskassierer, nach erfolgter Ab-meldung und Bezahlung der Restbeiträge, ein-gezogen und an die Hauptverwaltung eingeleitet. Die von Militärentlassenen Mit-glieder müssen sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen an-melden.

Mitglieder, welche den laut Statut vor-geschriebenen Meldungen nicht nachkommen, achen ihrer Ansprüche an den Verband verlustig. Während der Dienstzeit ruhen die Beitrags-pflicht und auch die Rechte der Mitglieder.

Wir werden ersucht, die Kassierer der Ver-waltungsstellen darauf aufmerksam zu machen, daß es in der letzten Zeit mehrfach vorgekommen

ist, daß den zu uns über tretenden Kollegen vom Verband der Tapezierer sowie auch den Aus-ländern kein neues Buch ausgestellt und die Marken in das alte Verbandsbuch eingeklebt wurden. Dies ist unzulässig, und ist bei jedem Uebertritt ein neues Buch auszustellen.

Der Vorstand.

**Bekanntmachung.**

**Achtung! Treibriemenfalter. Achtung!**

Es wird den Verwaltungsstellen bekannt sein, daß in letzter Zeit eine Tariffkommission für die Treibriemenbranche mit dem Sitz in Berlin ge-gründet wurde zu dem Zweck, die Lohn- und Ar-beitsbedingungen unserer Branche zu ermitteln, ferner auf Tarifabschlüsse hinzuwirken, sowie die Pflege der besonderen Brancheninteressen zu be-treiben. Eine Tariffkommission kann aber nur dann mit Erfolg arbeiten, wenn sie von den Kollegen der in Betracht kommenden Betriebe die tatkräftigste Unterstützung erfährt, sei es durch Beamtung der Lohn- oder Akkordpreise oder Beantwortung aller Anfragen und dergleichen mehr.

Alle Verwaltungsstellen, wo Treibriemen-fabriken bestehen, werden gebeten, einen oder mehrere ihrer zuverlässigsten Mitglieder als Unterkommission zu wählen und die genaue Adresse nebst Wohnung an den Unterzeichneten umgehend einzusenden und gleichzeitig mitzuteilen, wie viel Treibriemenwerk-stätten sich an Orte befinden.

Mit kollegialem Gruß

Die Tariffkommission der Treibriemenfalter Deutschlands.

J. A.: G. Brandt.

Berlin SO. 33, Görliger Straße 60 IV.

**Ausdrücken! Aufbewahren!**

**Wichtig für Einzelmitglieder!**

Mitglieder, die in solchen Orten in Arbeit treten, in denen eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes sich nicht befindet, gelten als Einzel-mitglieder und haben die Pflicht, so schnell wie möglich ihre Anmeldung beim Hauptkassierer **Fritz Müntzer, Berlin SO. 16, Adalbertstraße 56**, zu bewerkstelligen. Das Mitgliedsbuch resp. Karte ist zu diesem Zweck nebst Ausgabe der ge-nauen Adresse einzusenden. Im unverschlussten Kuvert mit der Auf-schrift „Geschäftspapiere“ beträgt das Porto bis zu 250 Gramm nur 10 Pf. Diesen Sendungen darf außer der An-gabe der Adresse keinerlei schrift-liche Mitteilung beiliegen. Ge-schlossene Briefe im Gewicht von mehr als 20 Gramm kosten 20 Pf. Porto.

Der Beitrag für Einzelmitglieder beträgt pro Woche 45 Pf.

Das Mitgliedsbuch resp. Karte bleibt bis zur Abmeldung, die so rechtzeitig zu erfolgen hat, daß das Buch dem ab-reisenden Mitgliede noch zugeestellt werden kann, in den Händen des Hauptkassierers. Plötzlich abreisende Mitglieder haben eine Adresse anzugeben, an die das Buch nach-gesandt werden kann. Geld ist nur per Postanweisung an obige Adresse einzusenden. Es ist immer nur der genaue Betrag (Ausgab der Wochen mal 45 Pf.) einzusenden. Rückporto und Postellgeld trägt die Hauptkasse.

Für jede geleistete Beitragszahlung erfolgt eine Quittung, die über die Höhe des Betrages sowohl wie auch über den Zeit-punkt, bis zu welchem gezahlt worden ist, Auskunft gibt. Diese Quittung gilt zu gleicher Zeit als Legitimation an Stelle des Mitgliedsbuches und ist daher aufzubewahren!

**Reiseunterstützung der Einzelmitglieder.**

Abreisende Einzelmitglieder erhalten ihre Reiselegitimation Nr. 1 in der ersten Verwaltungsstelle, die dieselben berühren, desgleichen auch eine Reiseunterstützung im Betrage von 2 Mk., und zwar ohne Rücksicht auf die Entfernung oder Reisedauer vom Orte der Beschäftigung bis zur Zielstelle.

Zureisende Einzelmitglieder erhalten für die Strecke von der letzten Zielstelle bis zum jeweiligen Beschäftigungsort **keine Reiseunterstützung!**

Im übrigen verweise ich die Einzelmitglieder auf den § 22 des Statuts auf Seite 20 und auf die Bestimmungen des Regulativs Seite 31.

**Besondere Pflichten der Einzelmitglieder.**

Die Einzelmitglieder sind mehr als die einer geschlossenen Verwaltung angehörenden Mitglieder in der Lage, für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen. In Anerkennung der Tatsache, daß das flache Land, namentlich für unseren Beruf, ein Reservoir der sogenannten „unverdorbene“ Sattlergefallen ist, auf das unsere Arbeitgeber in den Großstädten mit Vorliebe zurückzugreifen pflegen, wenn es sich um die Niederknüppelung der im Kampfe um Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen stehenden Kollegen handelt, ist es heiligste Pflicht unserer gewissermaßen sich auf Vorposten befindlichen Einzelmitglieder, in Friedenszeiten Aufklärung zu verbreiten und Mitglieder zu werben, im Krieg jedoch möglichst den Bezug der „Unverdorbene“ nach den Kampforten fernzubahalten.

Einzelmitglieder, denen es ernst ist mit unserer Sache, werden daher stets alle dahingehenden Maßnahmen unserer Verbandsleitungen aufs eifrigste unterstützen.

So ist es z. B. unbedingt notwendig, daß man sofort nach Arbeitsantritt den Versuch macht, mit den anderen sich noch am Orte befindlichen Kollegen in Verbindung zu treten. Sind mehrere organisierte Kollegen an einem Orte vorhanden, so ist es, um Porto zu ersparen, angebracht, daß die Zeitungen unter einer gemeinsamen Adresse bezogen werden. Desgleichen können Geldsendungen aus dem gleichen Grunde gemeinsam abgefordert werden.

Den Gauleitern gehen von Zeit zu Zeit die Adressen der Einzelmitglieder zu. Die Gauleiter haben die Pflicht, die Einzelmitglieder in der Agitation durch Zulassung von Material und so weiter zu unterstützen, was auch im weitesten Maße geschieht. Hieraus ergibt sich jedoch wiederum die dringende Notwendigkeit für unsere Einzelmitglieder, die Anfragen der Gauleiter auch zu beantworten. Unbedingt notwendig wäre es auch, daß ein abreisendes Einzelmitglied, welches mit dem Gauleiter bereits in geschäftlichem Verkehr stand, auch diese Mitteilung von der erfolgten Abreise machen müßte.

**Adressenänderungen.**

- Dauen:** K. Friz Kettner, Hauptmarkt 2, 11;
- H.** „Zum goldenen Anker“, Gerberstr. 24.
- Bremen:** K. Albeding, Nordstr. 358, 11.
- Bremerhaven:** A. N. Th. Rosenbäck, Lange-Strasse 131a, 1; 12-1 Uhr, 6-7 1/2 Uhr.
- Witten a. Ruhr.** Vertrauensmann: Wilh. Stödt, Breile Straße 131.
- Gannover.** A. N. geöffnet nur wochentags abends von 7-7 1/2 Uhr; an Versammlungsabenden von 1/29-9 Uhr.

**Bücherschau.**

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben **Uthoff Adolf**, ein Fächerspiegel zu Lehr und Nach der deutschen Arbeiter von Franz Mehring. Zweite verbesserte Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis 1 Mk. Volksausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Die „**Kommunale Praxis**“ im Verlage der Buchhandlung Vorwärts hat zu Ehren des Parteitagess in Nürnberg eine Doppelnummer herausgegeben, die unter der Parole „Praktische Arbeit“ ein Spiegelbild dessen gibt, was in den einzelnen Gegenden Deutschlands auf dem Gebiete der Kommunalpolitik am dringendsten nottut. Jeder Genosse, der sich mit Kommunalpolitik beschäftigt, muß die „Kommunale Praxis“ lesen.

Von „**Kommunale Praxis**“, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, liegen uns die Nummern 29 und 40 vor.

Mit Nummer 40 hat ein neues Quartal begonnen und dürfte sich der jetzige Termin daher ganz besonders eignen, ein Abonnement auf die „Kommunale Praxis“ zu beginnen. Diefelbe bietet ein so außerordentlich reiches Material, daß sie eine wahre Fundgrube darstellt für jeden, der sich auf dem weiterverzweigten Gebiete der Kommunalpolitik betätigt oder ihr auch nur besonderes Interesse entgegenbringt.

Preis pro Quartal 3 Mk. Abonnements nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten und Briefträger entgegen.

Von „**In Freien Stunden**“, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, liegen uns die Seite 38 und 39 vor.

Diese Romanbibliothek erscheint wöchentlich zum Preise von 10 Pf. und bringt interessante und spannende Romane, Erzählungen, Romane usw. Jeder Kolporteur liefert die Zeitschrift.

Der **Arbeiter-Notizkalender 1909**, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist erschienen. Der „Arbeiter-Notizkalender“ ist im Laufe der Jahre bei vielen Tausenden von Arbeitern zu einem unentbehrlichen Taschenbuch geworden; die Reichhaltigkeit des Inhalts sowie die gute Ausstattung lassen erwarten, daß derselbe sich nicht nur seine alten Freunde erhalten, sondern eine große Anzahl neuer erobern wird.

Aus dem Inhalt des Kalenders heben wir hervor: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Biographische Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Reichsvereinsgesetz. — Die Bedeutung der Landtage. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationales Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeitersekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Die deutschen Gewerbeinspektoren. — Kalendarium und Gesichtskalender. — Münz- und Gewichtstabelle. — Ersttage. — Vielfältiges Adressenmaterial. Außerdem enthält der Kalender ein künstlerisch ausgeführtes Marx-Portrait.

Preis 60 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs.

**Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 17. Oktober.**

**Anzeigen**

**Ortsverwaltung Berlin.**

**Sonnabend, den 31. Oktober 1908,**  
in **Louis Kellers Festhale** (Inhaber: Freyer),  
Koppenstraße 20,

**Feier des 19. Stiftungsfestes.**

**Kunst-Abend**

Mitwirkende: **Margherita Simonetti**, koloratur-  
Sängerin. **Frl. Koffi**, Violin-Virtuosin aus Rom,  
**Margarete Walforte**, Herr **Otto Wiener**, Dialekt-  
dichtungskritiker, **Männergesangsverein „Vox“**  
(M. d. A. S. - V.). Am Flügel: Herr **Bernhard Wirsche**.  
Rauchen nicht gestattet. Während der Aufführungen  
werden Getränke nicht serviert.

Nach Beendigung des Programms **Tanz** für  
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
Eintritt 50 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Programm frei.

Billetts sind im Bureau und bei den Werkstätt-  
vertrauensleuten erhältlich.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Das Komitee.

Die Kollegen in Bremerhaven haben  
einen Arbeitsnachweis errichtet, welchen  
jedoch die Arbeitgeber nicht anerkennen  
wollen. Umsehen ist deshalb für  
Bremerhaven und Umgegend streng  
verboten.

K. P. H.

**Metall-Putz**

flüchtig, bestes Erzeugnis, nicht absehend, Hochglanz  
erzeugend, empfehlen in Kannen à 1, 2 1/2 und 5 Kilo-  
Kannen, per Kilo 1 Mark. Proben gratis.

**Rümpel & Diehl, Frankfurt a. M.**  
Telephon 2029.

**Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Sattler  
u. verw. Berufsgenossen Deutschlands „Hoffnung“**  
E. G. 64 zu Berlin.

**Quartals-Versammlungen**

am **Sonnabend, den 17. Oktober 1908,**  
1/2 9 Uhr abends, mit der Tagesordnung:

1. Bericht und Abrechnung vom III. Quartal 1908.
2. Kassenangelegenheiten.

Berlin im Restaurant G. Weidmannstr. 21.  
Kaffel im Restaurant Sommer, Graben 50.  
Leipzig im Volkshaus, Zeilgerstr. 32.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Ortsverwaltungen.

Für die Möbelleberbranche wird in Provinzial-  
stadt Sachsens ein tüchtiger, geübter, solider

**Sattler,**

der an stottes Arbeiten gewöhnt ist, zum Vederaus-  
zeichnen und Ausschneiden für dauernde Stellung ge-  
sucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehalts-  
ansprüchen unter **W. L. 100** an die Exped. d. Bl. erbeten.

**la. Sattlerwerkzeug!** Blanchard-Paris,  
engl. Ahlson usw.

in grosser Auswahl. Versand nach ausserhalb.  
Preisliste gratis und franko.

**Ebeling & Dähmeyer, Silberfeld, Bachstr. 78.**  
Spezialität: **la. Sattlerwerkzeuge.**

**Slomko's Städtebuch**

Reiseführer durch Deutschland und angrenz-  
länder mit Eisenbahn- und Wegeliste, 588 S.,  
geb. 1,20 Mk. In allen Buchhandl. zu haben od.  
geg. Einsend. v. 1,40 Mk. S. Slomko, Wiesfeld.

**Täschnerei-Vorarbeiter**

vollständig selbständig arbeitend, ficht im Zuschneiden, Ausfästieren,  
Röhren und Einbügeln von Ledertuch, Lederimitations, Stoff, Schaß-  
und Hindeletartigen, welcher instande ist, einen größeren Betrieb  
selbständig zu leiten und zu vervollkommen, wird von einer größeren  
Reisefelken-Fabrik Norddeutschlands per sofort, eventl. später  
gesucht. Offerten unter Angabe bisheriger Tätigkeit, Alter und  
Gehaltsansprüche erbeten unter **B. G. 980** an Rudolf Woffe, Berlin.